

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn 2

Auslandsberichterstattung

Meldungen 11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand 12

„O-Ton 15

Kommunale Politik 17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war? 18

Diskussion und Dokumentation

Keine Intervention in Albanien! . 22

*Kontroverse in der PDS BaWü
zum Fall Cürükkaya* 25

Letzte Seiten

Broschüre zur faschistischen

Platon-Rezeption 27

Reform des Religionsunterrichts . 27

Termine 28

IN BONN

AKTUELL

STÖRSENDER:

Bundesaußenminister Kinkel hat vorgeschlagen, die in seinen Augen „antiwestliche Dämonisierung“ in den Medien der bosnischen Serbenrepublik „zu unterbinden“. Der Minister, der schon vor Jahren als ein Ziel seiner Balkanpolitik verkündet hatte, er wolle „Serbien in die Knie zwingen“, will nun in der Serbenrepublik seine Vorstellung von Pressefreiheit einführen: Die SFOR-Truppen, so Kinkel, sollten „Störsender“ einsetzen, um die Ausstrahlung antiwestlicher Sendungen im serbischen Teil Bosniens zu unterbinden.

SCHEINSELBSTÄNDIGKEIT:

Die sogenannte „Scheinselbständigkeit“ von Leuten, die in Wirklichkeit abhängig Beschäftigte sind, bringt jetzt auch die CDU-Sozialausschüsse in Rage. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-/CSU-Arbeitnehmergruppe im Bundestag, Peter Keller, schätzt die Zahl der „Scheinselbständigen“ auf inzwischen 600.000. Jährlich gingen durch die Nichtzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen durch diese „Scheinselbständigen“ den Sozialversicherungen Beitragseinnahmen von 13 Milliarden DM verloren.

LEHRSTELLENNOT: Zwei Monate vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres hatten nach einer Übersicht der Bundesanstalt für Arbeit (Stand: Ende Juni) 275.600 Jugendliche noch keine Lehrstelle gefunden. Demgegenüber waren den Arbeitsämtern nur ca. 100.000 noch nicht besetzte Lehrstellen gemeldet. Laut BfA geht bundesweit in allen Arbeitsamtsbezirken die Zahl der Lehrstellen zurück. Besonders dramatisch ist die Lage im Osten. In Mecklenburg-Vorpommern z.B. ging die Zahl der angebotenen Lehrstellen 1997 zum zweiten Mal in Folge um 10% zurück. Aber auch im Westen finden viele Jugendliche vermutlich keine Lehrstelle. Nach den Zahlen der BfA ist in Bayern die Zahl der Bewerber um 7.200 höher als die der noch offenen Lehrstellen, in NRW fehlen sogar 16.700 Ausbildungsplätze.

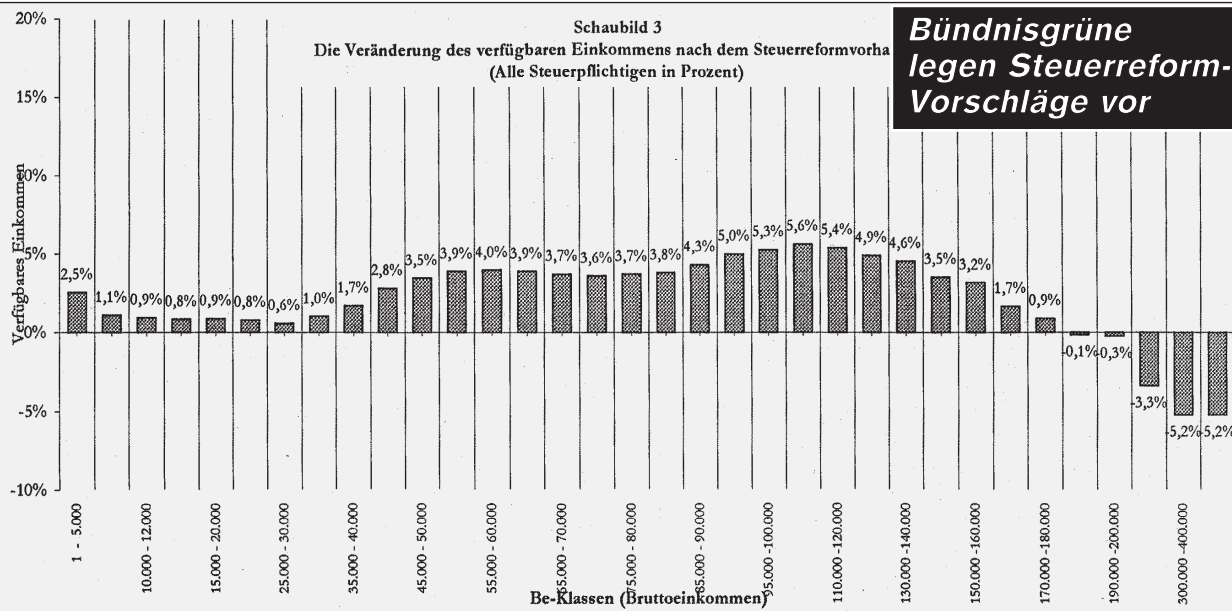
VERFASSUNGSEINDLICH? Die Grüne Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach hat die Nennung antifaschistischer Gruppen und Initiativen in Kanthers „Verfassungsschutzbericht“ erneut kritisiert. „So wurde als Begründung für die Erwähnung des Blattes (*„Der rechte Rand“*, d. Red.) lediglich angegeben, es habe „tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten auf heimlich gefertigten Fotos dargestellt“. Eines dieser Fotos ... zeigt den bekannten Rechtsextremisten Jürgen Rieger, wie er während einer Tagungswoche des neofaschistischen Zentrums in Hetendorf mit erhobener Axt auf Gegendemonstranten zugeht. Dem „Bundesweiten Antifa-Treffen“ wird ausschließlich vorgeworfen, es habe „intensive ‘antifaschistische’ Recherche und Archivarbeit betrieben“

und eine Kampagne gegen die rechtsextremistischen „Jungen Nationaldemokraten“ eingeleitet. Der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN/BdA) wird u.a. der absurde Vorwurf gemacht, ihre Vertreter lehnten die Totalitarismustheorie ab.“

Die Abgeordnete weiter: „Es ist sicher nicht angenehm für die Bundesregierung, wenn Zeitschriften wie *„Der Rechte Rand“* auch kritisch über Kontakte von Politikern der Regierungsparteien zu Rechtsextremisten berichten ... Den Verfassungsschutz wahllos auf Kritiker loszulassen, zeigt jedoch nicht nur die Überflüssigkeit des Geheimdienstes, sondern auch seine Gefährlichkeit für die Demokratie.“ (PM, 21.7.)

KANTHER KNEIFT: Die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke hat Bundesinnenminister Kanther wegen Aussageverweigerungen zur „Schleuserkriminalität“ kritisiert: „Bundesinnenminister Kanther läßt keine Gelegenheit aus, um sein Schreckensgemälde der sog. „Schlepper- und Schleuserkriminalität“ als eine der größten Bedrohungen der „Inneren Sicherheit“ an die Wand zu malen. ... Werden hierzu konkrete Fragen gestellt, kneift der Innenminister: So ist das BMI nicht in der Lage – oder nicht willens – Auskunft darüber zu geben, wie viele Personen nicht nur vom BGS als „Schleuser“ angezeigt, sondern als solche auch verurteilt worden sind. Auch hat Kanther weder Erkenntnisse darüber, in wie vielen Fällen „Schleuser“ Waffen eingesetzt haben, noch wie viele BGS-BeamtenInnen bei ihrem Einsatz gegen „Schlepper“ verletzt wurden. ... Professionelle Hilfe zur Flucht und Migration findet zumeist unter unmenschlichen Bedingungen statt. Deren Umstände werden aber von den staatlichen Grenzsicherungsmaßnahmen diktiert. Und die liegen im unmittelbarem Verantwortungsbereich der Bundesregierung. Ein Schleifen der Festung Europa, die Wiederherstellung eines Asylrechts, das seinen Namen verdient und das Anerkenntnis, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist, sind die aussichtsreichsten Maßnahmen, um „Schleppern“ und Schleusern“ ihr unmenschliches Betätigungsfeld zuzunehmen.“ (PM 21.7.)

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag ist nach der Sondersitzung am Dienstag weiter in Sommerpause. Die endet am 8. September. In der an diesem Tag beginnenden Sitzungswoche wird es traditionell zuerst um Waigels Haushaltsentwurf für 1998 gehen, weitere Tagesordnungspunkte stehen noch nicht fest. Der Bundesrat tagt bereits am 5. September wieder. Auf der Sondersitzung geht es um den von Waigel vorgelegten Nachtragshaushalt für 1997. Nächste reguläre Sitzung des Bundesrats am 26. September. Vorher sind am 21. September in Hamburg die Bürgerschaftswahlen.



Bündnisgrüne legen Steuerreform-Vorschläge vor

Außer Betracht bleibt die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch veränderte Gewinnermittlungsvorschriften für Gewinneinkünfte und die Rentner, die auf Grund der Neuregelung der Rentenbesteuerung in die Besteuerungsgrundlage hineinwachsen könnten. Zusätzlich muß bei allen Schaubildern beachtet werden, daß die Stichprobe aus den Mikrodaten von Baden-Württemberg nicht für alle Einkommensklassen der hier ausgewiesenen Personenkreise genügend Steuerfälle enthält, um eindeutig repräsentativ zu sein. Das wird besonders relevant bei den Darstellungen für obere Einkommen.

Die Steuerreform der bürgerlichen Koalition scheint erst mal gescheitert – man konnte Waigel fast aufatmen hören, als die SPD-Ländern widersprochen hatten: so bleibt ihm erspart, die vorgesehene enorme Entlastung der Reichen durch eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer gegenzufinanzieren.

Zugleich kann der Bürgerblock der SPD den Schwarzen Peter hinschieben, denn ein echtes Reformkonzept bietet die Sozialdemokratie mit dem Vorschlag, Sozialversicherungsbeiträge durch höhere Staatszuschüsse zu ersetzen, gewiß nicht. So gewinnen die Vorschläge der linken Opposition im Hinblick auf die Bundestagswahlen vielleicht doch wieder etwas mehr Gewicht. Unseren Lesern dürfte der Vorschlag der PDS vielleicht noch in Erinnerung sein; wir hatten ihn im März dieses Jahres im ARGE-Rundbrief dokumentiert. (Siehe auch Seite .. dieser Ausgabe).

Inzwischen liegt auch von den Bündnisgrünen ein ausführliches Konzept vor. Ein Vergleich mit dem PDS-Vorschlag bietet sich an. Auch die Grünen wollen eine Steuerreform, die die unteren und mittleren Einkommen entlastet und dies durch eine entsprechende Belastung der höheren Einkommen ermöglicht; mit einem Schlagwort: „Viele gewinnen – wenige verlieren.“ Ähnlich wie das PDS-Konzept (Einführung einer Vermögensabgabe, höhere Vermögens- und Erbschaftssteuern, eine Umgestaltung der Sozialabgaben, Spekulationssteuer) ist der Vorschlag der Grünen eingebettet in eine umfassende Neugestaltung des gesamten Steuersystems. Differenzen zwischen den beiden Vorschlägen liegen weniger im Grundsätzlichen, sondern im Detail (auf das es ja aber bekanntlich bei der Besteuerung ankommt): z.B. will die PDS Vermögen schon ab 500.000 DM mit

einer Vermögensabgabe belasten, während die Grünen hier die Grenze bei 2 Millionen Mark ziehen.

Bis ins Detail der einzelnen Paragraphen ausgearbeitet ist bei den Grünen die Reform der Einkommensteuer, also den Steuern auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbe, aus selbständiger Arbeit sowie aus Vermietungen. Die Grünen haben sich auch die Mühe gemacht, die Auswirkungen ihres Reformvorschlags auf die verschiedenen Einkommensklassen nachzurechnen (siehe Schaubild).

Was sind nun die Eckpunkte des bündnisgrünen Vorschlags?

- Anhebung des Grundfreibetrags auf 15.000 DM (PDS: 17.000 DM).
- Eingangssteuersatz wird von 25,9% auf 18,5% abgesenkt (PDS: unter 20%).
- Der Spitzensteuersatz von 53% auf zu versteuernde Einkommen ab 120.000 DM jährlich wird auf 45% gesenkt (PDS: beibehalten).

400 Milliarden DM bisher steuerfreie Einkommen werden besteuert

Dieser Punkt hat bei den Grünen und außerhalb wohl am meisten Kritik ausgelöst, wahrscheinlich zu Unrecht. Denn durch eine Reihe von Maßnahmen steigt die tatsächliche Steuerbelastung bei den Gutverdienenden: der gespaltene Tarif für gewerblich und private Einkünfte wird aufgehoben; die Quellensteuer auf alle Kapitalerträge wird auf 35% vereinheitlicht; zahlreiche Ausnahmebestimmungen werden abgeschafft, wodurch Einkommen von rund 400 Milliarden DM, das bisher von den Reichen der Be-

steuerung entzogen werden konnte, die Steuereinnahmen bringen soll, die zur Entlastung der Geringverdienenden nötig sind. Die Senkung des Spitzensteuersatzes, so die Grünen, ermögliche dann auch wieder einen durchgehend linearprogressiven Einkommensteuertarif.

Insgesamt soll die Steuerreform aufkommensneutral sein, d.h. die Entlastung bei den unteren Einkommensschichten wird vollständig finanziert durch die höhere Besteuerung der Reichen. Denn: „Die öffentlichen Haushalte erlauben kein weiteres Defizit in Milliardenhöhe.“

Weitere wichtige Punkte im bündnisgrünen Steuerkonzept:

Erhöhung des Kindergeldes auf 300 DM monatlich für jedes Kind. Abzug von Kinderbetreuungskosten für Kinder bis zu 15 Jahren bis 5.000 DM jährlich fürs erste und bis zu 2.500 DM für jedes weitere zu einem Drittel von der Steuerschuld (entlastet vor allem Alleinstehende mit Kindern). Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Freibetragsregelung: Solange das Einkommen des geringer verdienenden Ehepartners das steuerfreie Existenzminimum nicht erreicht, wird die jeweilige Differenz als Freibetrag bei dem besser verdienenden Ehepartner berücksichtigt (entsprechend werden Unterhaltsleistung für geschiedene Ehegatten, Kinder in Ausbildung, Pflegebedürftige berücksichtigt).

Vorsorgeleistungen für Rente, Krankenversicherung usw., egal ob privat oder in der gesetzlichen Versicherung, werden bis zum Höchstbeitrag in der gesetzlichen Sozialversicherung (1996: rd. 2.500 DM monatlich) steuerfrei gestellt. Dafür werden im Gegenzug alle Einkommen, die aus so finanzierten Versicherungen stammen, steuerpflichtig. Das heißt, insbesondere die Renten unterliegen künftig der Einkommensteuer (ein Freibetrag

→ für eine lange Übergangsperiode soll die bisherigen Beitragsleistungen aus versteuertem Einkommen berücksichtigen).

Das entspricht dem Grundprinzip der bündnisgrünen Steuerreform: Grundsätzlich sollen alle Einkünfte der Besteuerung unterliegen, Ausnahmen sollen weitgehend beseitigt werden. Solche Ausnahmen sollen künftig nur noch sein: alle Einnahmen, die zur Sicherung des Existenzminimums dienen (Wohngeld, Schmerzensgeld, Mutterschaftsgeld). Auch die sog. Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Krankengeld), die heute dem Progressionsvorbehalt unterliegen, sollen nicht mehr besteuert werden.

Auch die Sonntags-, Nacht- und Feiertagszuschläge sollen steuerfrei bleiben, solange nicht gewährleistet werden kann, daß die unteren Lohngruppen durch die Besteuerung keine massiven Einkommensverluste erleiden würden. Zunächst hatte die Arbeitsgruppe eine Besteuerung vorgesehen mit dem Argument, daß nicht einzusehen ist, warum durch Steuervorteile gesundheitsschädliche Nachtarbeit gefördert und im Grunde Arbeitgebern zu geringe Löhne für Schwerarbeit subventioniert werden. Nach Protesten, vor allem aus den Gewerkschaften, verzichteten die Grünen aber auf diese Forderung.

Zur Kirchensteuer, die bisher von der Steuerlast abgezogen wird, ist den Grünen eingefallen, eine Gleichstellung zu den Parteispenden und Spenden für gemeinnützige usw. Vereine zu verlangen.

Schließlich verlangen die Grünen eine automatische Anpassung des steuerfreien Existenzminimums, des Kindergeldes, von Pauschbeträge u.ä. alle zwei Jahre an die Entwicklung der durchschnittlichen zu versteuernden Einkommen. Das würde den Steuertarif auf Dauer durchsichtig und stabil machen.

Weitere Einzelheiten, z.B. zum Umbau der steuerlichen Subventionen im Wohnungsbau, Wegfall der Steuerklasse V usw. können hier aus Platzgründen nicht vorgestellt werden, entsprechen aber der skizzierten Grundlinie: Absenkung der Steuerlast bis zu den mittleren Einkommen, Erhöhung der Steuerlast bei den Höchstverdienenden, beides bei deutlicher Vereinfachung des Tarifs und Beseitigung zahlreicher Ausnahmen.

Weil die Grundlinie der Umverteilung der Steuerbelastung weg von den Armen hin zu den Reichen vorhanden ist, besteht eine ausreichende Übereinstimmung mit dem Vorschlag der PDS, falls es zu einer Abstimmung im Bundestag käme. Spannend bleibt jetzt die Frage, ob der bündnisgrüne Wunschpartner für eine Regierung nach den Bundestagswahlen sich ebenfalls in diese Richtung bewegt, oder ob die SPD mit Gerhard Schröder meint, dessen Machtgier aufs Kanzleramt sei Programm genug . alk

Quelle: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Bündnisgrüne Steuerreform für Gerechtigkeit und Transparenz, Juni 1997, 89 Seiten

Berliner Friedenskoordination

Erklärung gegen die NATO-Osterweiterung

Die Einbindung der Staaten des östlichen Teils Europas, die ehemals zu den Warschauer Vertragsstaaten gehörten, in das westliche Militärbündnis bei gleichzeitiger Ausgrenzung Rußlands schafft nicht mehr Sicherheit für Europa, sondern muß von den Menschen der ehemaligen Sowjetunion als Kränkung und Bedrohung empfunden werden. In der Tat wächst auf westlicher Seite die Gefahr, daß das alte Feindbild von der „russischen Bedrohung“ wieder entsteht. Eine solche Situation bei gleichzeitig instabiler innenpolitischer Lage provoziert möglicherweise die Entstehung eines erneuten Dauerkonflikts. Die Sicherheit Europas ist jedoch nur in einem Europa mit Rußland gewährleistet.

Die Bewerbungen der ehemaligen Warschauer Vertragsstaaten um den Beitritt zur NATO beinhalten die Hoffnung, auch sozial und wirtschaftlich bei ihren komplizierten Transformationsprozessen unterstützt zu werden. Dagegen ist zu befürchten, daß die militärische Umstellung auf neue Waffensysteme und logistische Strukturen der NATO diese Länder teuer zu stehen kommt und ihre wirtschaftliche Situation dramatisch belastet wird. Auch das ausgegrenzte Rußland wird auf die neue Situation mit militärischen Veränderungen reagieren, und den alten NATO-Ländern werden neue Kosten aus Steuern aufgebürdet sowie Kredite für Waffenlieferungen abverlangt werden.

Für die NATO bedeutet die Erweiterung des Militärbündnisses erweiterten Einflußbereich. Die beitretenden Staaten werden durch die der NATO angepaßten Strukturen von ihr abhängig und für sie berechenbar. Wirtschaftliche Unselbständigkeit und nationalistische Bestrebungen machen diese kleinen Staaten für die westliche Politik erpreßbar und manövrierbar. Sie sind für die NATO interessant, weil sie einen Staatengürtel bilden, der geeignet ist, die Funktion eines cordon sanitaire zu übernehmen. Gliedert in „Kerneuropa“ und einen „europäischen Ergänzungsraum“ im Osten, wird eine Hierarchie der Bündnisstaaten festgeschrieben.

Die NATO-Erweiterung dient auch der Rüstungs-Lobby. Die so notwendige Umrüstung der Beitrittsstaaten füllt die Kassen westlicher Waffenproduzenten. Gleichzeitig wird die atomare Abschreckung beibehalten, können Waffenproduktion und Waffenexport uneingeschränkt fortgeführt werden und bedienen sich die führenden Industriestaaten des Instruments NATO zur Absicherung des Zugriffs auf die für sie notwendigen Rohstoffquellen in aller Welt.

Wir halten die hier skizzierten Handlungsoptionen der NATO, die ihrer mi-

litärischen Logik folgend sich auf Freund-Feind-Schemata, Konfrontationsdenken und Machtausübung gründen, für unfähig, friedentiftend zu wirken, ein humanes, demokratisches Miteinander in Europa zu gestalten und für eine kooperative Außenpolitik weltweit zu sorgen.

Dagegen fordern wir, daß Institutionen wie die KSZE/OSZE als Ort, an dem alle europäischen Staaten gleichberechtigt an Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik mitwirken, ausgebaut und mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Es würde die Völker allemal weniger kosten als die NATO-Osterweiterung. Außerdem wären zahlreiche gesellschaftliche Institutionen, Bewegungen und Gruppen aus fast allen europäischen Ländern in der Lage und interessiert, an vertrauensbildenden Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeit eines nicht-militärischen Sicherheitsbündnisses mitzuwirken.

Die Gruppen der Friedensbewegung fordern ein Europa ohne NATO und ohne Militär!

gez. Dr. Michael Venedey, Berlin, im Juni 1997

„Drittes Finanzmarktförderungsgesetz“

Theo Waigel erleichtert den Spekulationsbetrug

Am 23. Juli hat das Bundeskabinett ein „Gesetz zur Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland“ verabschiedet, das für Spekulanten von der Sorte des 1970 aufgeflogenen IOS-Betrügers Bernie Cornfeld ein weiteres Geschäftsfeld eröffnet. Laut „Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände“ leistet der Entwurf „unseriösen Fehlberatungen und Kapitalanlagefirmen Vorschub“.

Eigentlich sollte der CSU-Minister durch die Erfahrungen in den USA gewarnt sein. Dort mündete die Aufhebung zahlreicher Sicherungsvorschriften für Kreditmarkt- und Börsengeschäfte in Milliardenpleiten mit betrügerischen sog. „Zero-Bonds“, in Zusammenbrüche großer Sparkassen und in die 1994er „Mexiko-Krise“, bei der IWF und US-Regierung mit Milliarden Dollars einspringen mußten, um ein Zusammenbrechen von US-Pensionsfonds zu verhindern, die ihr Geld in zweifelhafte Immobilien- und Grundstücksspekulationen in Mexiko angelegt hatten. Stärker als alle Aktienkurse stieg seit 1980 in den USA die Zahl der Prozesse um Anlagebetrügerei.

Trotzdem: Waigel will in der BRD die Deregulierung der Finanzmärkte weiter vorantreiben. So plant der Minister:

- Erleichterung der Börsenbetrügerei jeder Art. „Dazu wird insbesondere die Haftung für fehlerhafte Börsenzulassungsprospekte, Unternehmensberichte sowie für Verkaufsprospekte von öffentlich angebotenen Wertpapieren grundlegend reformiert. Hierbei wird die Verjährungsfrist von bislang fünf auf maxi-

mal drei Jahre verkürzt“, heißt es in der Pressemitteilung des Bundesfinanzministeriums. Wer also mit Prospekten und dergleichen Anleger bescheißt („märchenhafte Goldfunde in XYZ, kaufen Sie bei uns!“), aber erst nach 4 Jahren auffliegt, ist straffrei – und fein raus.

- Ähnlich generös ist der Minister bei langfristigen Anlagen, z.B. Lebensversicherungen. Hier stellt sich der wirkliche Wert ja oft erst heraus, wenn's ans Auszahlen geht. Was will Waigel einführen? „Bei fehlerhafter Beratung und Information bei der Anlage im Wertpapierbereich wird die Verjährungsfrist von 30 auf maximal 3 Jahre verkürzt“.

- Bekanntlich können Beteiligungen an AGs auch ein Indiz für deren wirtschaftliche Lage sein. Wenn sich z.B. die Deutsche Bank aus den Immobiliengeschäften einer „Schneider AG“ davon macht, kann Vorsicht geboten sein. Waigel: „Durch eine Vielzahl von Maßnahmen wird unnötiger Verwaltungsaufwand und überflüssige Bürokratie abgebaut. So entfällt beispielsweise die Verpflichtung zur Hinweisbekanntmachung ... bei wesentlichen Veränderungen des Stimmrechtsanteils an im amtlichen Handel börsennotierten Gesellschaften.“

Eine weitere Neuerung ist die Zulassung von Fonds, die insbesondere für Lebensversicherungen wichtig werden können. „Die Novellierung soll ... die private Altersvorsorge durch Investmentfonds unterstützen“, kündigt der Minister an. „Dazu ist insbesondere vorgesehen, als neue Fondstypen Pensions-Sondervermögen ... zuzulassen“. Weil der CSU-Minister vom „Mexiko-Crash“ (s.o.) genau weiß, ist er hier geringfügig vorsichtiger. Für diese neu zugelassenen Fonds gilt: „Mindestens 51 Prozent sind in Substanzwerten zu investieren (Aktien, Immobilien), maximal 75 Prozent in Aktien und stillen Beteiligungen, Derivategeschäfte zu spekulativen Zwecken sind nicht zulässig. Maximal 30 Prozent des Fondsvermögens dürfen mit Währungsrisiken behaftet sein“. Das bedeutet umgekehrt, daß Pensionsfonds maximal 49% ihrer Vermögen in hiesigen Staatspapieren anlegen dürfen, also den Risiken von Kursstürzen am Aktienmarkt, Immobilienzusammenbrüchen usw. mit 51% ihres Vermögens ausgesetzt sind! Welch beruhigende Perspektive für die Lebensversicherung im Alter!

Eine Vielzahl weiterer „Lockerungen“ kann hier nicht beschrieben werden. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, sonst für die „Pfleger des Kapitalmarktes“ durchaus aufgeschlossen, warnt jedenfalls schon laut und vernehmlich: „Anstatt den Finanzplatz Deutschland und die hiesige Aktienkultur zu fördern, kann das Vertrauen der Anleger beträchtlichen Schaden nehmen“. *rül*

Quellen: Pressemitteilung des Bundesfinanzministeriums vom 23. Juli zum 3. Finanzmarktförderungsgesetz; Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, Bonn, vom 27. Mai zum Entwurf des Gesetzes

LATEINAMERIKA

Die Tyrannei der Konzerne

Interview mit Noam Chomsky

(Quito, Juli 1997, alai-Poonal). Noam Chomsky, Professor für Linguistik in den USA, wird von offiziellen Gremien wegen seiner politischen Militanz und der nicht selten ausgesprochen polemischen Wortmeldungen, die bei seinem Widerstand gegen die US-Intervention in Vietnam erstmals einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wurden, nur sehr ungern mit Beachtung gewürdigt. Das verstärkte sich noch mit seinen Untersuchungen über die subtilen Mechanismen ideologischer Kontrolle in seinem Land. Für Alai sprach Hugo Benítez mit Chomsky.

Lateinamerika scheint in den Überlegungen der US-Regierung von Bill Clinton keine hervorgehobene Rolle mehr zu spielen. Die Bürgerkriege und Guerillaaktivitäten sind abgeflaut. Dieser Wandel wird von einigen BeobachterInnen auch als Übergang vom „Krieg niedriger Intensität“ zur „Demokratie niedriger Intensität“ bezeichnet. Stimmen Sie dieser Analyse zu?

Ich glaube, die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika ist über einen langen Zeitraum stabil geblieben. Sie ähnelt sehr stark derjenigen, die in internen Dokumenten Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre erklärt und vorgezeichnet wurde. Lateinamerika hat eine Rolle zu spielen: Es muß Rohstoffquelle sein, billige Arbeitskräfte für die Produktion stellen und Absatzmarkt für die Produkte der USA sein. Das muß auf eine bestimmte Art organisiert sein und wenn dies unter einer formalen Demokratie möglich ist, um so besser. Aus Öffentlichkeitsgründen bleibt das nach wie vor ein Vorteil, aber es muß unter der festen Kontrolle der internationalen Investoren und ihrer örtlichen Verbündeten geschehen – eine Verbindung, die zu einer Interessengemeinschaft wird.

Die Vereinigten Staaten stellen sich der wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas nicht entgegen, aber immer haben sie eine komplementäre Entwicklung gewollt. Dies ganz ausdrücklich in zurückliegender Zeit, in den 40er und 50er Jahren. Beispielsweise wurde Brasilien in den 40er Jahren erlaubt, Stahlfabriken zu bauen. Aber nur, wenn diese einen ganz bestimmten Stahl produzierten, den die Fabriken in den USA nicht herstellen wollten, Niedrig-Technologie mehr oder weniger. Außerdem mußte das in die US-Programme integriert sein. Ein Effekt davon ist die Privatisierung. Privatisierung bedeutet ganz einfach, die Macht über ein Land und seine Ressourcen zu übernehmen – für gewöhnlich durch ausländische Unternehmen, die

sich dadurch charakterisieren lassen, daß sie radikal antidemokratisch sind. Es gibt nichts antidemokratischeres als einen Konzern, es handelt sich einfach um eine Tyrannei. Es sind diese ausländischen Tyranneien, die die Kontrolle über die Ressourcen eines bestimmten Landes übernehmen und die Präsenz des Staates auf ein Minimum reduzieren, indem sie den Raum minimieren, in dem die Öffentlichkeit irgendeine Entscheidungsmöglichkeit hat. Wenn dies in einem demokratischen Rahmen geschehen kann, um so besser, denn es erleichtert die Öffentlichkeitsarbeit. Wenn man zwischen zwei identischen Parteien auswählen muß, wird die Angelegenheit noch schöner und man könnte fast sagen, daß die Demokratie wunderbar ist.

Sprechen wir von Brasilien, dem wichtigsten Land im Süden des Kontinents. Die Vereinigten Staaten übernahmen bis 1945 die Kontrolle Brasiliens. Brasilien ist ein großes Land, das – obwohl es seinen eigenen Weg zu gehen versucht und ein bißchen unabhängig ist – doch den Bedingungen und der Kontrolle der USA unterliegt. Bis zu den 80er Jahren wurde es gelobt, weil dort angeblich ein „Wirtschaftswunder“ stattfand, was aber nur ein Ausdruck für den ungemein erfolgreichen Einfluß der USA in dem Land war. Nimmt man die UNO-Berichte zur menschlichen Entwicklung als Maßstab, dann liegt Brasilien nahe bei Albanien. Aber das war nie wichtig, denn es gab dort eine Gruppe von Reichen, von extrem reichen Leuten, die über den Großteil der Ressourcen verfügte. Es gab viele Investitionsmöglichkeiten und es gab wirtschaftliches Wachstum. Es wuchs schneller als Chile in den Jahren der Diktatur, da war es unwichtig, daß 75 Prozent der Bevölkerung in Armut lebte. Das ist das Modell und das Modell besteht weiter. Noch einmal: wenn dieses Modell in einer formalen Demokratie durchsetzbar ist, um so besser.

Die Guerillabewegungen und die Aufstände in den 80er Jahren mußten natürlich bekämpft werden, weil sie Versuche waren, dieses Entwicklungsmodell zu brechen. Die Kriege wurden in den meisten Ländern ausgeweitet, sogar gegen die (katholische) Kirche. Es ist nicht zufällig, daß die 80er Jahren mit dem Mord an einem Erzbischof (Monsignor Arnolfo Romero in El Salvador) begannen und mit dem Mord an sechs intellektuellen Jesuiten (ebenfalls in El Salvador) endeten. Es ist symbolisch, was passierte. Die Kriege nahmen ihren Ausgangspunkt in den 70ern mit Anschlägen auf Aktivisten wie Rutilio Grande. Als er ermordet wurde (im März 1977) wußten wir warum, aber hier hatte niemand von ihm gehört. Dennoch war dieser Mord ein wichtiger

→ Schritt in der Zusammenarbeit der regulären Streitkräfte der Vereinigten Staaten mit den faschistischen Kräften der Region, die von der Mission beseelt waren, jene Mitglieder der Kirche zu attackieren, die Organisationsarbeit unter den Armen machten. Erzbischof Romero war das nächste Opfer, weil er eine große Ausstrahlung hatte. Dann, in den 80er Jahren, gab es die Liste der Märtyrer, von denen die meisten Campesinos, ArbeiterInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und einfache Leute waren. Ähnlich war die Entwicklung in Guatemala und dem Rest der Region.

Offiziell wurde die blutige Einflußnahme der USA mit dem kalten Krieg gerechtfertigt, aber damit hat es überhaupt nichts zu tun. In der Tat geschah in Haiti genau das gleiche, nachdem der kalte Krieg beendet war. Es ist dieselbe Geschichte: die Vereinigten Staaten, einschließlich Clinton, unterstützten eine Militärjunta und erlaubten den illegalen Handel mit Öl. Obwohl sie formal ein internationales Embargo mittrugen, ließen sie die Ölsendungen von Texaco zu. Der Handel ging trotz des Embargos weiter, sie hielten engen Kontakt mit den Militärführern, usw. Wenn nach den Schrecklichkeiten und den Morden, die alltäglich waren, die USA den Schritt zu einem formalen demokratischen System erlaubten, dann war das unter der Bedingung, daß ihr 1990 vorgeschlagenes Programm akzeptiert wurde, gegen das die Menschen massiv protestiert hatten. Erinnern wir daran, daß bei der damaligen Wahl der Kandidat der USA nur 14 Prozent der Stimmen erhielt, aber jetzt handelt es sich um das mit aller Macht durchgesetzte Regierungsprogramm. Und der legitimen Regierung (von Aristide) wurde die Rückkehr erst erlaubt, nachdem die Terrorwelle ihr Werk verrichtet hatte. Jetzt existiert dort eine formale Demokratie, an den jüngsten Wahlen nahmen nur 5 Prozent der WählerInnen teil. Nur die HaitianerInnen können verstehen, was da passiert.

Nehmen wir den Fall Brasilien wieder auf, der, wie ich sagte, der wichtigste der Region ist. Dort findet gerade ein großer Skandal anlässlich der Privatisierung der Vale-Gesellschaft statt (Minengesellschaft Vale do Rio Doce), eine der drei oder vier lateinamerikanischen Gesellschaften in der Liste der 500 großen transnationalen Konzerne. Es handelt sich um ein sehr reiches Unternehmen, das größte in Brasilien, das im Grunde über die Mehrheit der Naturressourcen verfügt. Brasilien hat ein riesiges Mineralienvorkommen und der Großteil gehört Vale. Der Konzern hat eine große Infrastruktur mit Straßen, Häfen, Schiffen, Spitzentechnologie. Jetzt verkauft ihn die Regierung zu einem unglaublich niedrigen Preis, wenn die brasilianischen ExpertInnen recht haben. Die Bewertung ist von der amerikanischen Firma M. Lynch vorgenommen, die mit einigen der kaufinteressierten Konzerne verbunden

ist. Eine von den größten davon ist die anglo-amerikanische Gesellschaft „Sud-africana“. Was dabei deutlich wird, ist, daß derzeit ein großer Teil der brasilianischen Zukunft in die Hände ausländischer Konzerne übergeht. Es wäre nicht überraschend, wenn wir in etwa zehn Jahren feststellten, daß Mitglieder der brasilianischen Regierung Teil des Aufsichtsrates des Unternehmens sind. Ich muß nicht erklären, wie das funktioniert. Mexiko ist ein gutes Beispiel dafür. Das ist das Programm, die Ressourcen und die Kontrolle der Bevölkerung an die privaten Tyranneien zu transferieren, die mit den Großmächten, im wesentlichen den USA, verbunden sind, um den Einfluß der Öffentlichkeit weitgehend einzuschränken. An diese Parameter muß sich die formale Demokratie anpassen. Mehr noch, wenn die Volksmobilisierung wieder aufklackert oder wenn innerhalb der Kirche eine zusammenhängende Bewegung registriert wird, um die Option für die Armen wieder aufzunehmen, wäre es überhaupt nicht erstaunlich, wenn zur Gewalt zurückgekehrt würde. Der Fall Kolumbien ist ein deutlicher Hinweis darauf.

Könnten Sie diesen Punkt präzisieren?

Der schlimmste Menschenrechtsverletzer in der Hemisphäre ist Kolumbien. Es gibt vielleicht zehn politische Morde pro Tag. Es gibt eine unabhängige politische Partei, die Unión Patriótica, die in den zehn Jahren ihres Bestehens ungefähr 3.500 ermordete Mitglieder zu verzeichnen hat, darunter Präsidentschaftskandidaten und BürgermeisterInnen. Dennoch wird von diesem Land als einer Demokratie gesprochen, obwohl eine unabhängige politische Partei ausgeblutet wird und die Schrecklichkeiten die Regel sind. Kolumbien hat die höchste interne Migration der Welt, wahrscheinlich den größten Flüchtlingsstrom im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Vergleich zu jedem anderen Land. Dort geschehen die Greuel jederzeit, aber Kolumbien erhält fast die Hälfte aller Militär- und Ausbildungshilfe der USA für die Hemisphäre. So versichert es Human Rights Watch, die davon ausgeht, daß diese Hilfe im kommenden Jahr steigen wird. Vorwand ist der Drogenhandel, aber alle wissen, dabei handelt es sich um einen Mythos. Die USA unterstützen die Armee und die Paramilitärs, die bis zum Hals im Drogenhandel stecken.

Es handelt sich nicht um einen Krieg niedriger Intensität. Aber trotzdem um eine Art Aufstandsbekämpfung, die mit der Ausbildung durch die USA vollzogen wird. In der Praxis geht die Hilfe der USA besonders an Militäreinheiten, die in den vergangenen Monaten von amnesty international und Human Rights Watch für einige der schlimmsten Verbrechen verantwortlich gemacht worden sind, aber das ist hier unerheblich. Das legt nicht die Politik fest. Die Politik wird von diesen anderen Faktoren bestimmt. Und sie

wird nur in verschiedenen Formen und taktischen Situationen angewandt. Abhängig von den Bedingungen, aber diese Politik ist sehr stabil. Sie enthüllen sich in den stabilen Institutionen der USA. Die Politik ergibt sich in den Institutionen, nicht durch die Individuen. Die Individuen können einen kleinen Unterschied ausmachen, aber sie werden nichts ändern. Es ist unwichtig, wer der Präsident von General Motors ist. Sie machen mehr oder weniger dieselbe Politik mit leicht unterschiedlichen Entscheidungen, aber sie werden weiter versuchen, die Gewinne und den Markt zu erweitern. Sonst bist du draußen, das ist eine institutionelle Regel.

Die Regierungen sind nicht so unterschiedlich, es sei denn, die Bevölkerung kann sich einmischen. So war es der Reagan-Regierung in den 80er Jahren nicht möglich, Militärkräfte der Vereinigten Staaten nach El Salvador, Guatemala oder Nicaragua zu schicken. Sie mußte auf die Untergrundarbeit zurückgreifen, wie sie es nennen. In den 60er Jahren war es eine andere Realität, als John F. Kennedy die Armee der USA entsenden wollte, um Nordvietnam anzugreifen. Reagan wollte das nachmachen und es gelang ihm nicht, weil es zuviel Protest gab. Das Land hat sich geändert, da war die Solidaritätsbewegung und es existierte soviel interner Widerstand, daß die Streitkräfte der USA sich nicht direkt auf eine Aggression einlassen konnten. Es war notwendig, indirekte Wege zu gehen. Gut, das hat soweit seine Bedeutung und es sind Verfahren, bei denen die Bevölkerung die Politik ändern kann. Aber die große Politik wird nicht verändert, die kommt nicht von der Bevölkerung, sondern von den privaten Mächten, im wesentlichen vom System der Konzerne ...

Üben sie die Kontrolle über den IWF und die Weltbank aus, unabhängig von Veränderungen?

Internationaler Währungsfonds und Weltbank sind nicht unabhängig. Sie machen das, was ihnen gesagt wird, von den Leuten, die sie überwachen. In erster Linie sind das die USA, es ist keine Abstimmung. Diese Politik wird aus vollem Grund die 'Konsense von Washington' genannt, die Politik kommt aus Washington. Ich übertreibe jetzt, es gibt viel mehr Einflüsse, denn Europa hat seine eigenen Interessen, Japan hat seine eigenen Interessen, Südkorea hat seine eigenen Interessen, die anderen Länder aus Lateinamerika haben ihre Interessen im Rahmen einer reduzierten Unabhängigkeit. Sicher ist alles komplizierter als dargestellt, aber es sind die wesentlichen Konturen und sie sind über einen langen Zeitraum stabil geblieben.

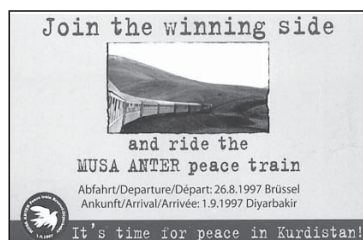
Zu den Prioritäten, die Clinton genannt hat, gehört die Bedeutung der globalen Wirtschaft. Was ist die tatsächliche Rolle Lateinamerikas für die USA, besonders

was den von Clinton vorgeschlagenen Freihandel für das Jahr 2005 angeht?

Vor allem anderen müssen wir daran erinnern, daß niemand dieser Leute an den Freihandel glaubt. Niemand glaubt an den Freihandel. Freihandel ist gut für jemand anders, aber nicht für uns. Wir haben gerade ein dramatisches Beispiel gesehen. Die Europäische Union brachte vor der Welthandelsorganisation (WHO) eine Klage gegen die USA wegen des Helms-Burton-Gesetzes ein – des Embargos gegen Kuba – das an sich schon eine Verletzung des Freihandels ist. Aber es hat zusätzliche Elemente: Es legt Dritten eine Blockade auf und droht damit, den US-Handel jedem zu verschließen, der die Regeln der USA verletzt. Das ist eine radikale Verletzung des Freihandelsvertrages und darum brachte die EU ihren Protest vor die WHO. Wie reagierten die Vereinigten Staaten? Zwei Dinge: Erstmal gingen sie sofort in die Defensive und erklärten, nicht zuzulassen, daß die WHO über ihre Politik urteilt. Denn wir machen, was wir wollen und uns interessieren die Freihandelsabkommen nicht. Zweitens informierten sie öffentlich die EU, daß es sich nicht um deren Angelegenheit handele. Der amtliche Grund – ich zitiere sinngemäß – weil die USA drei Jahrzehnte lang versucht haben, die Regierung Kubas zu stürzen und dies ist eine interne Politik der USA. Europa hat kein Recht, sie herauszufordern und die Angelegenheit vor die WHO zu bringen.

Das sagt uns soweit verschiedene Dinge. Erstens: die Bedeutung der Handelsabkommen, bei denen die USA, wie alle anderen bereit ist, den Nutzen daraus zu ziehen. Wenn sie ihnen nicht gefallen, dann werfen sie sie zum Fenster heraus. Und außerdem gibt es die stillschweigende Annahme, daß die USA das Recht haben, eine andere Regierung zu stürzen. Wenn sie die Regierung Kubas stürzen wollen, so ist das natürlich ihr Recht und eine interne Angelegenheit und wenn wir dies seit drei Jahrzehnten betreiben, ist das gut. Das wird akzeptiert, verletzt den Freihandel. Die gleiche Geschichte mit Mexiko, ich beziehe mich darauf, daß die USA vor wenigen Monaten Mexiko zwangen, ihren Export von Tomaten zu stoppen und verschiedene Bedingungen auferlegten. Dies geht zulasten mexikanischer Exporte, die etwa 1 Mrd. \$ pro Jahr Verlust einfahren. Der Grund ist – einmal mehr liefern sie den Grund – daß die US-amerikanischen KonsumentInnen die mexikanischen Tomaten bevorzugen und diese billiger sind. Mit anderen Worten, der Freihandel funktionierte, aber mit einem ungewünschten Ergebnis. Die Preise der ProduzentInnen, des landwirtschaftlichen Geschäfts aus Florida wurden gedrückt. Also, wenn der Freihandel mit ungewünschtem Ergebnis funktioniert, schaffst Du ihn ab. Das heißt es, „der Boß auf der Straße“ zu sein. Du machst, was du willst, du hast recht ...

(aus Platzgründen gekürzt, d. Red.)



Friedenszug „Musa Anter“ findet europaweite Zustimmung

Gefördert von: Bischof Desmond Tutu (Kapstadt) • Akin Birdal (Istanbul) • Renan Demirkan (Deutschland) • Amke Dietert-Scheuer (MdB, Bonn) • Angelika Graf (MdB, Bonn) • Foundation Danielle Mitterrand (Paris) • Prof. Dorothee Sölle (Hamburg) • Prof. Jean Widmer (Fribourg) • Professor Jean Ziegler (Genf)

Der Friedenszug wird fahren

Anläßlich einer Pressekonferenz im Europäischen Parlament in Straßburg dementierte Hans Branscheidt, Vorsitzender des Appell von Hannover, die unter anderem von semistaatlichen türkischen Nachrichtenagenturen lancierten Meldungen, daß der Friedenszug nicht fahren werde:

„Wir fahren“.

„Die Bundesbahn-Direktion bietet uns nach wie vor Zug & Vertrag.“ „Wir appellieren an die Behörden der neuen türkischen Regierung, den Europäischen Friedenszug friedlich passieren zu lassen.“

Die Pressekonferenz im Hohen Europäischen Haus ereignete sich auf Einladung einer interfraktionellen Gruppe von Abgeordneten aller Länder, die sich für die Förderung und Unterstützung des Friedenszugprojektes aussprachen:

„Für das Projekt Friedenszug werde ich mich einsetzen“

(Wilfried Telkämper, MdEP, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der AKP-Staaten)

Zusammen mit folgenden weiteren Abgeordneten des Europaparlaments und Vertretern europäischer Institutionen:

M. Alavanos (GUE/NGL) • Mme. Anne Andre-Leonard (ELDR) • M. Bertens (Libérale) • M. Kostas Ephremidis (GUE/NGL) • M. Carnero González (GUE/NGL) • Mme. Pauline Green (PSE) • M. Inbeni (PDS, ehem. Bürgermeister Bologna) • M. Hans Lindquist (ELDR) • M. Stanley Newens (PSE) • M. Leuluca Orlando (Verts) • Mme. Aline Pailler (GUE) • M. Luciano Pettinari (GUE) • M. C. Ribeiro (GUE/NGL) • M. Jannis Sakellariou (PSE/SPD) • M. Martin Schulz (PSE/SPD) • M. Jaak Vandemeulebrouke (ARE) • Mme. van Laaker (PSE) • M. Luigi Vinci (PSE) • Mme. Wilmya Zimmermann (PSE/SPD)

Weitere Unterstützung kommt von:

Prof. Helena Kekkonen (Helsinki, UNESCO Preis für Frieden und Erziehung) • Mme. Benayoun-Nakache

(Vors. des Stadtrats von Toulouse) • Christine Blower (Präsidentin der britischen Lehrerergewerkschaft) • Salvatore Pappalardo (Chargé de Mission, Fondation Danielle Mitterrand, Paris) • M. Victor Ruffy, Präsident der außenpolitischen Kommission des Nationalrates der Schweiz • Lord Nickolas Rea (House of Lords, London) • John Austin (Labour MP, London) • Lord Jeffrey Archer (House of Lords, Conservative, London) • Fabian Hamilton (MP, Labour Party, London) • The Most Reverend Richard Holloway (Bishop of Edinburgh, Primus) • Ned Parish (Vizepräsident Plaid Cymru/Party of Wales, Cardiff) • Joe Higgins (MP, Republic of Ireland) • Pierre Galand (OXFAM, Belgien) • Hugo von Rompey (Senator, Belgien) • Dr. Herbert Berger (Renner Institut d. österreich. Sozialdemokratie)

sowie und vor allem:

Millionen Menschen in der Türkei und Kurdistan wünschen und erwarten den Friedenszug.

Die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken hat unter der Kennung B4-0590/97 dem Europäischen Parlament einen Antrag zur Beschlußfassung vorgelegt, der in Ziffer 13 das Projekt Friedenszug ausdrücklich begrüßt und die Hoffnung formuliert, „daß diese Initiative von den türkischen Regierungen positiv aufgenommen wird.“

In diesem Geiste europäischer Demokratie und Bürgerrecht wenden wir uns heute erneut appellativ an die Regierung der Republik Türkei:

„Lassen Sie den Friedenszug passieren!“

Um eine friedliche und einverständige Organisation des Zugprojektes in die Türkei zu ermöglichen, wendet sich der Appell von Hannover e.V. heute erneut an Herrn Botschafter Volkan Vural, Bonn, mit dem Angebot, alle Umstände und Bedingungen des Sonderzuges seinen Vorstellungen entsprechend zu gewährleisten.

(Hans Branscheidt, 1. August 1997)

Kontakte, Infomaterial:

Appell von Hannover, Postfach 35, 61445 Oberursel, Tel. 06171 / 98 13 48, Fax: 06171 / 98 13 34

Konto (auch für Spenden):

Konto Nr. 19000737, BLZ 512 500 00, Taunus-Sparkasse Oberursel

Neue Turbulenzen in der Regierungspolitik

(Lima, 21. Juli 1997, pulsar-Poonal). – Nach den drei Rücktritten im Regierungskabinett Mitte vergangener Woche hat Präsident Alberto Fujimori sein Kabinett umgebildet und auch das Innen- und das Fischereiministerium neu besetzt. Sein Ansehen ist dadurch nicht gestiegen. Das Umfrageinstitut IMASEN ermittelte jüngst, daß nur noch 19 Prozent der Bevölkerung mit Fujimoris Verhalten einverstanden sind. 75 Prozent sind gegen seine Politik.

Der erneute Popularitätsverlust des Präsidenten ist nach der Auswertung von IMASEN dem Umstand zu verdanken, daß Fujimori die systematische Telefonspionage durch den Geheimdienst nicht erklärt hat und daß dem Unternehmer und Besitzer des Fernsehkanals Frecuencia Latina, Baruch Ivcher, die peruanische Staatsangehörigkeit entzogen wurde.

Die Töchter von Ivcher haben inzwischen darüber informiert, daß sie den General Guido Guevara, Präsident des Obersten Rates der Militärgerichtsbarkeit, wegen Amtsmissbrauch vor der peruanischen Justiz angeklagt haben. Guevara hatte erklärt, Ivcher sei „Autor einer Rufschädigungskampagne gegen die Streitkräfte und attackiert die nationale Sicherheit“, ohne dafür einen Beweis zu erbringen.

In Lima kam eine Delegation der Interamerikanischen Pressegesellschaft an, der sofort eine Reihe von Klagen gegen die peruanische Regierung überreicht wurden. Unter den KlägerInnen ist auch der Journalist Cesar Hildebrandt, der vor kurzem über einen Plan der Regierung berichtete, ihn zu ermorden.

Zum wiederholten Mal innerhalb der vergangenen Wochen protestierten in der Hauptstadt Lima mehrere tausend Menschen gegen die Regierung. Ihr Demonstrationzug endete vor dem Regierungspalast. In vielen Provinzhauptstädten des Landes fanden ähnliche Protestaktionen statt.

Spekuliert wird über das Verhalten der Militärs. Obwohl sie geäußert haben, unter den Befehlen des Präsidenten zu stehen, zweifeln viele, ob die Streitkräfte am Ende die verfassungsmäßige Ordnung respektieren werden. Mehr als die Hälfte der PeruanerInnen glauben, daß Peru von den Militärs regiert wird.

Gegenstand von Spekulationen sind ebenfalls immer noch die Rücktritte von Außenminister Francisco Tudela, Verteidigungsminister General Tomás Castillo Meza und Justizminister Carlos Hermoza Moya am 16. bzw. 17. Juli. Nur bei Tudela liegt ein Rücktrittsgrund auf der Hand: er gehört zu den Personen, deren Telefongespräche der Geheimdienst abhören ließ.



Tausende von Personen schlossen sich am 22. Juli unter Bekundung ihrer Hochachtung und ihrer Solidarität der Demonstration an, die die Familienangehörigen des politischen Gefangenen Juan Carlos Hernando („Peli“) in Arrigorriaga organisierten. Das Spruchband bekundete auf Baskisch „Peli, wir haben Dich lieb. Gerechtigkeit, Freiheit, Weg zum Frieden“. Die Proteste gegen diesen neuerlichen Tod eines Basken im Gefängnis wiederholten sich am gleichen Tag an vielen Orten des Baskenlandes.



Über 40.000 Menschen folgten am Sonntag, dem 27.7., einem Aufruf Herri Batasunas und demonstrierten in Donostia (San Sebastian) für ein Ende des baskischen Konflikts durch politischen Dialog und Verhandlungen.

40 000 bei Demonstration von Herri Batasuna in Donostia

Von M. Ostrowski

Am späten Abend des 20.7. wurde der baskische politische Gefangene Juan Carlos Hernando („Peli“) erhängt in seiner Zelle im Gefängnis von Albacete gefunden.

Die offiziellen Stellen sprachen von Beginn an von Selbstmord, eine Lesart, die die Familie Hernandos anzweifelte. Die Angehörigen berichteten einerseits von seinem entschiedenen Wunsch zu leben, seiner bevorstehenden Entlassung und seinem plänereichen Lebensprojekt, andererseits von Pressionen, denen er nach dem Tod Miguel Angel Blancos ausgesetzt gewesen sei.

Juan Carlos Hernando war in seinem Heimatort Arrigorriaga ein politisch sehr aktiver Mensch gewesen (Jarrai, Gestoras pro-Amnistia), dessen Verhaftung am 28. April 1994 für seine Freunde überraschend kam. Die spanische Polizei beschuldigte ihn, sich seit 1988 in den Informationsapparat der ETA eingefügt zu haben. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Haftstrafe von 6 Jahren wegen „Kollaboration mit bewaffneter Bande“. Hernando (35) plante, sich nach der Haftentlassung gemeinsam mit seiner Partnerin Aintzane und seinem Sohn Oroitz eine Zukunft zu zimmern. Er war im Ort Arrigorriaga bestens bekannt, hatte gute Beziehungen zu den verschiedensten Leuten, unabhängig von ihrer Ideologie.

Juan Carlos Hernando ist bereits das zwölfte Todesopfer, das die Strafvollzugs-politik in den Gefängnissen unter den baskischen politischen Gefangenen gefordert hat.

Sämtliche politische Parteien, die im Ratshaus von Arrigorriaga vertreten sind (PNV, PSOE, HB, IU, PP und EA), verurteilten am 21. Juli einmütig die spanische Politik der Dispersion (der Verteilung der baskischen politischen Gefangenen auf die verschiedenen weit vom Baskenland entfernt liegenden Gefängnisse) und äußerten die Meinung, daß die „dispersion“ Todesfälle wie den von Hernandos erleichtere bzw. provoziere; diese Strafvollzugs-politik müsse endlich ein Ende haben. Die Parteileitungen von PP, PSOE, PNV und EA zeigten sich daraufhin verärgert. PP und PSOE gehen gegen ihre Ratsherren disziplinarrechtlich vor, weil diese den Beschluß unterstützt hatten. PNV und EA weisen den Antrag Arrigorriagas ebenfalls zurück.

Dagegen meinte Julio Anguita, Generalkoordinator der Vereinigten Linken (IU), die Ratsherren von Arrigorriaga hätten nur gemacht, was sie tun zu müs-

Am 6. Oktober beginnt vor dem höchsten Gericht in Madrid der Prozess gegen 23 Mitglieder des Vorstands von „Herri Batasuna“. Hier eine Erklärung des HB-Vorstands:

Die spanischen Behörden fahren fort mit der Haft, vorübergehenden Haft und der Anklage gegen die 23 Mitglieder des nationalen Gremiums der rechtmäßigen baskischen politischen Partei Herri Batasuna, unter denen sich sieben Mitglieder befinden, die zwei Gesetzgebungskammern (Parlamenten) auf baskischem Terrain angehören, und sie beabsichtigen, sie am 6. Oktober abzuurteilen und zu acht Jahren zu verurteilen.

Die Haft und die Einkerkierung aller Führungsmitglieder dieser politischen Partei im Fe-

bruar 1997 (die mehr als 600 gewählte Vertreter im Baskenland hat), die sich jetzt gegen Kautions auf freiem Fuß befinden, bedroht von einer langen Haftstrafe, beschuldigt der Zusammenarbeit mit einer „bewaffneten Gruppe“, stützen sich lediglich auf ein Video, das im Wahlkampf im März 1996 ausgestrahlt wurde, ebenfalls auf einige politische Aussagen, die in diesem Sinne gemacht wurden. Das oben erwähnte Videoband enthält ein Friedensangebot der ETA und wirbt für eine öffentliche Auseinandersetzung, um eine Lösung im Konflikt zwischen dem Baskenland und dem spanischen Staat zu finden.

Angesichts dieser Tatsachen meinen die Unterzeichner:

1.) daß die Freiheitsberaubungen ein Maß angenommen haben und ferner die-

se Freiheitsberaubungen all den Führungsmittgliedern dieser rechtmäßigen baskischen politischen Partei (die demokratisch von ihrer Wählerschaft gestützt wird) angekündigt werden, eine Verletzung eines grundlegenden Rechts bilden, das umfassend in einem großen Teil internationaler Verträge anerkannt wird, nämlich die Freiheit der Rede und die Freiheit Gedanken zu äußern.

2.) daß die Freiheit, die Gedanken zu äußern, und das Recht, Möglichkeiten eines Dialogs und Friedensangebotes bekannt zu machen, immer eine wirkliche unveräußerliche Pflicht einer politi-

schen Partei ist. Sie spielt eine besonders wichtige Rolle in Konfliktlagen, wie wir sie im Baskenland erleben. Überdies würde sie der ganzen baskischen Gesellschaft nützen und der spanischen Gesellschaft, ebenfalls

der internationalen Gemeinschaft, sie ist wesentlich für eine demokratische im Wechselgespräch zu findende Lösung eines solchen Konfliktes.

3.) Daher fordern wir die spanischen Behörden auf, ihre Gangart gegen das nationale Gremium der rechtmäßigen baskischen politischen Partei Herri Batasuna einzustellen und sich der demokratischen Gültigkeit und der politischen Angemessenheit einer Vermittlung zu beugen, ebenfalls der Verbreitung des Friedensangebotes, das zu einer Einstellung der Gewalt durch Gespräche zwischen den Konfliktseiten führt und am Ende zu einer demokratischen politischen Lösung, die sich auf die Achtung vor dem freien ausdrücklichen Willen des baskischen Volkes stützt.

(aus: CL-Netz)

PROZESS

gegen 23 Mitglieder des Parteivorstands von Herri Batasuna (HB)

sen glaubten. Anguita klagte über die „öffentliche Meinung“, die im spanischen Staat nach dem Tod des PP-Ratesco geschaffen worden sei. Die Position des Spitzenpolitikers der Vereinigten Linken stieß im Bereich der Neuen Linken („Nueva Izquierda“) auf Protest. Lopez Garrido beschuldigte Anguita, Herri Batasuna Sauerstoff zuzuführen.

Am Sonntag, dem 27.7., demonstrieren Anhänger Herri Batasunas in Donostia (San Sebastian) für eine politische Lösung des Konflikts im Baskenland. Die baskische Zeitung *egin* gab die Zahl der Demonstranten mit „über 40.000 Personen“ an, eine Beteiligung, die durch ein bewährtes und recht zuverlässiges Zählverfahren ermittelt wurde. Die Polizei sprach dagegen von nur 18.000 Demonstranten, wobei *egin* meinte, daß diese Angabe eine absichtliche Verfälschung

darstelle. Die Demonstranten riefen unter anderem „Euskal presoak Euskal Herrira“ („die baskischen Gefangenen ins Baskenland“), „independentzia“ („Unabhängigkeit“) und „Zuek faxistak, zarete terroristak“ („ihr, die Faschisten, seid die Terroristen“).

Auf der abschließenden Kundgebung sagte Floren Aioiz, Sprecher HBs, daß sich der Schlüssel zum Frieden in den Händen der spanischen Regierung befände: „Die spanische Regierung hat das Wort. Aznar muß entscheiden, ob es Frieden gibt oder ob die Musik der Gewalt gehört wird.“ Floren Aioiz forderte PNV, EA und IU auf, die Augen nicht vor der Realität des Baskenlandes zu verschließen. Der Kreuzzug der PP und ihrer Medien gegen die baskische Linke sei nicht die Antwort auf die Aktionen der ETA, sondern Ausdruck der rechten spanischen Strategie.



Eine Sinn-Fein-Kundgebung für eine politische Lösung in 1995

Nordirland

Ein Schritt vor, ein Schritt zurück

Die Entwicklung der einzigen englischen Provinz in Irland ist nach wie vor unklar. Kaum waren die Märsche der rechtsgerichteten „protestantischen“ Mehrheitsbevölkerung in der Provinz – die sich seit 300 Jahren auf der Siegerstraße wähnen – mit heftigen Widerstandsaktionen aus der katholischen Bevölkerung zum Ende gebracht worden, ist weiterhin keine Lösung in Sicht.

Der neue englische Premierminister Tony Blair verkündete zwar unmittelbar nach diesen Oranier-Märschen, nunmehr sei eine Einigung mit der SINN FEIN – der irisch-republikanischen Bewegung – erreicht worden, nämlich ohne Vorbedingungen für ihren militärischen Armee (IRA) an Friedensgesprächen im September teilnehmen zu dürfen, da kam von der royalistischen Seite die Antwort: NO.

Sind das noch Spiegelgefechte, den Rückzug einzuleiten? Oder werden hier propagandistische Schachzüge geübt, die auch das Image für den „Labour“-Premier Blair in London unterminieren sollen?

Die Vorbedingung, die von London aus – noch unter der alten Regierung – gestellt wurde, hieß bislang: die Entwaffnung der IRA. Aber SINN FEIN hatte in

den letzten Unterhaus-Wahlen gezeigt, daß sie eine stabile Basis in der Provinz haben, ihre Abgeordneten nehmen jedoch die Sitze im Parlament nicht wahr, da sie keinen Eid auf die britische Verfassung ablegen wollen und daher ausgeschlossen bleiben. Auf diese Situation hin und unter dem Image eines neuen Anfangs wollte Blair eine Lösung für Nordirland.

Von einer Entwaffnung der protestantischen, insbesondere aus britischen Kreisen unterstützten paramilitärischen Bürgerwehren war aber nie die Rede in diesen Vorgesprächen. Das einseitige Zugeständnis an die pro-britischen Milizen hatte die IRA nicht akzeptieren wollen. Daher nahm sie ihre militanten Aktivitäten wieder auf.

Eine ganze Woche Riots – gegen die Oranier-Märsche – waren die Folge, Ausgangssperren wurden für die „katholische“ Bevölkerung verordnet, Anschläge auf englische Soldaten und Polizisten schlossen sich an. Immer schon wußten sich die Oranier der Unterstützung durch die Londoner Regierung sicher; und immer mehr gingen die Republikaner dagegen auf die Barrikaden.

Nunmehr, nach dem neuen Anlauf, trifft sich SINN FEIN mit der neu zu-

IRA-Waffenstillstands-erklärung

Der Text des von der IRA verkündeten Waffenstillstands lautet in einer inoffiziellen Übersetzung wie folgt:

„Am 31. August 1994 hat die Führung der Oglai na hEireann (gälisch für IRA) eine völlige Einstellung der Militäroperationen als unseren Beitrag für eine Suche nach einem dauerhaften Frieden verkündet.

Nach 17 Monaten, in denen die britische Regierung und die (probritischen, protestantischen) Unionisten jede Möglichkeit für echte oder umfassende Verhandlungen blockierten, haben wir die Einstellung (der Waffenruhe) widerstrebend aufgegeben.

Die Irisch-Republikanische Armee setzt sich dafür ein, daß die britische Herrschaft in Irland beendet wird. Sie ist die Wurzel der Teilung und des Konflikts in unserem Land. Wir wollen einen dauerhaften Frieden und sind deshalb bereit, die Suche nach einer demokratischen Friedenslösung durch echte und umfassende Verhandlungen zu fördern. Daher, nach einer Beurteilung der gegenwärtigen politischen Situation, verkündet die Führung der Oglai na hEireann eine völlige Einstellung der Militäraktionen ab 12 Uhr mittags am Sonntag, den 20. Juli 1997. Wir haben die unmißverständliche Wiederherstellung der Waffenruhe vom August 1994 angeordnet. Alle IRA-Einheiten sind entsprechend instruiert worden.“ (Quelle: AP)

ständigen Ministerin für die britische Provinz, Mo Mowlam. Im gleichen Zeitraum werden sich die – allerdings in sich gespaltenen – „Unionisten“ neu rüsten, in Anwesenheit der englischen Patrouillen und sogen. Sicherheitssysteme, die in der Nordprovinz faktisch zu einem Apartheidssystem geführt haben. Jene fürchten den „Anschluß“ an Irland, den Verlust der Rückendeckung aus London und die Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse in den – scheinbar – nach konfessionellen Kriterien getrennten Bevölkerung.

Die über die Jahr hinweg – auch in deutschen Medien – aufrechterhaltene Vereinfachung der Konfliktsituation im Norden Irlands hat auch dazu beigetragen, den sozialen und „anti-kolonialen“ Charakter der Proteste in der Provinz zu verdecken. Immer wußte man den Kopf zu schütteln über die „Religionskriege“, die rückwärtsgewandten Vorstellungen; statt dessen hat man die Darstellung einer Politik der strengen Deklassierung, der Bekämpfung von Armut mit den Mitteln der Aufstandsbekämpfung (counter insurgency), die auch in anderen Teilen Europas Anwendung gefunden hat, immer als linkes Gewäsch bezeichnet. mc

2. Treffen gegen Neoliberalismus

Über 2.500 Menschen haben am 2. Interkontinentalen Treffen gegen den Neoliberalismus teilgenommen. Im Vergleich zum ersten Treffen, das genau vor einem Jahr im mexikanischen Chiapas aus Solidarität mit dem Aufstand der Zapatisten stattfand, hatte sich in Spanien die Teilnehmerzahl noch erhöht. Diskutiert wurde anhand der Erfahrungsberichte aus verschiedenen Ländern. Aus Mexico berichteten Arbeiterinnen über die „maquilas“, in denen sklavenartige Zustände herrschten. Frauen aus Barcelona erzählten über die dortigen Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie und den Streiks, die zur Zeit in der Region stattfanden. Aber an diesem Beispiel kamen schon wichtige Konfliktpunkte zu Vorschein. So forderten die Streikenden aus Barcelona die Einführung der 30 Stundenwoche, was bei anderen nur ein Ausdrück für Eurozentrismus war.

Kontrovers wurde auch über das Schlüsselthema des Kongresses, die Vernetzung, diskutiert. Während einige ein weltumspannendes Netz lokaler Initiativen aufbauen wollen, sagten andere, daß das alleine nicht reicht, um gegen den Neoliberalismus ankämpfen zu können.

Die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) hat mit einer eigenen Delegation in Spanien teilgenommen. Subcomandante Marcos betonte in einer Botschaft, daß damit zum ersten Mal eine Gruppe von Zapatistas an einer internationalen Veranstaltung außerhalb der mexikanischen Grenzen anwesend sein wird. „So hat die EZLN erneut beschlossen, die lokalen, regionalen, bundesstaatlichen und nationalen Belagerungsringe zu durchbrechen, um die Stimme der Zapatistas mit dem Mund der Zapatistas zu überbringen“, so Marcos.

Türkei: Aufhebung der Pressezensur?

Im ersten Anlauf gescheitert ist Ministerpräsident Yilmaz mit seiner Anweisung, die Mörder des Journalisten M. Göktepe hätten 18 Monat nach dem Mord endlich vor Gericht zu der Verhandlung zu erscheinen. Bisher konnten sie weiterhin normalen Distanz ablesen.

Fast wie ein Hohn mutet da die Äußerung des Staatspräsidenten Demirel an, der Fall Göktepe sei eine Schande für die Türkei. Fällt ihm das erst jetzt auf? Die Äußerung war Bestandteil einer Rede Demirels anlässlich des 89. Jahrestages der „Aufhebung der Pressezensur“. An der Feier nahmen die Spitzen des Staates teil. Daß dabei ein Preis für den Redakteur I. Yurtcu der verbotenen Zeitung *Özgür Gündem* seiner Mutter übergeben werden mußte, spricht Bände: Yurtcu ist zur Zeit in Haft wegen seiner Arbeit als Redakteur. Ein vor wenigen Tagen beschlossener Gesetzentwurf der türkischen Regierung sieht nur für wenige verantwortliche Redakteure, die in Haft sind, eine Freilassung auf Bewährung



Treffen von 13.000 Menschen bei den 14. Weltfestspielen in Cuba. Trotz Reiseverbot sind 700 US-AmerikanerInnen nach Cuba gekommen. (Foto: Neues Deutschland)

vor; die Bewährungsfrist läuft über Jahre. Sowieso bleiben nach diesem Entwurf 60-70 Journalisten weiter in Haft. Die 69. Ausgabe der Zeitung *Hedef* wurde Tag beschlagnahmt, ebenso die neue Zeitschrift *Alevi Halk Gercegi*.

Quellen: Radikal, Ülkede Gündem, 25.7. (hak)

Community Medien tauschen sich aus

(San Salvador, 22. Juli, pulsar-Poonal). - JournalistInnen aus ganz Mittelamerika kamen in San Salvador zum Ersten Treffen der „Community Communicators“ zusammen. Das Ereignis wurde von der Weltvereinigung der Community Radios (AMARC) unterstützt und von der Vereinigung der Radios und partizipativen Programme El Salvadors (APRAS) organisiert. Zu den Themen gehörten die Herausforderung für das Radio im neuen Jahrtausend, die Anpassung an die Technik, Eigentum und Demokratisierung der Kommunikationsmedien. Die TeilnehmerInnen stimmten überein, daß nicht alle Regierungen der Region den politischen Willen haben, die Entwicklung der Gemeinden durch die Demokratisierung des Wortes zu erlauben. Konkret arbeiteten die VertreterInnen von etwa 60 Community Radios ein Dokument aus, in dem die Aktionen der nicaraguanischen Regierung zurückgewiesen werden. Nicaraguas Präsident Arnoldo Alemán hat den Community Radios den Krieg erklärt und sieht sie offenbar seiner Politik im Wege stehen. Mit moderner Ausrüstung stört er die Sendesignale der Radios.

Kanalkontrolle durch die Hintertür qua Drogenpolitik?

(Panama-Stadt, 22. Juli, pulsar-Poonal). - Die Regierung Panamas ist grundsätzlich mit dem Vorschlag der USA einverstanden, ein multinationales Drogenbekämpfungszentrum im Land einzurichten. Sie verbat sich jedoch Druck und Fristsetzungen aus Washington. Der panamaische Außenminister Ricardo Al-

berto Arias erklärte, noch seien die Verhandlungsregeln nicht festgelegt. Das Thema werde aber im Stillen behandelt und nur die abschließenden Ergebnisse würden bekannt gegeben. Seit dem 17. Juli sitzen ExpertInnen aus Panama und den USA zusammen. Sie müssen einen Vorschlag vorlegen, unter welchen Bedingungen das multinationale Drogenbekämpfungszentrum operieren soll. Bisher ist an die Öffentlichkeit gelangt, daß das Zentrum ziviler Natur sein und eine gemeinsame Führung haben soll. Es wird dem Anschein nach jedoch über eine Militäreinheit sowie Radaranlagen verfügen, die Flugzeuge und verdächtige Schiffe erfassen können. Viele BürgerInnen Panamas haben ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, bei dem Anti-Drogenzentrum handele es sich um eine Rechtfertigung für die US-Truppenpräsenz am Panamakanal über das Jahr 2000 hinaus.

Dominikanische Republik: Explosive Situation

(Santo Domingo, 18. Juli, pulsar-Poonal). Verschiedene Volksbewegungen im Südosten der Republik haben für die kommenden Wochen lange Streiks angekündigt. Für die zweite Augustwoche, wenn Präsident Leonel Fernández ein Jahr an der Regierung ist, wollen sie eine allgemeine Mobilisierung der Bevölkerung erreichen. Die Militärs sprachen eine Drohung aus. Sie seien bereit, die seit Wochen andauernde Protestwelle auf der Karibikinsel zu stoppen. Die dominikanischen Regierungsbehörden sagen, die 23 Streiks der zurückliegenden zwei Wochen seien von DrogenhändlerInnen angestachelt worden. Belege gibt es dafür bisher nicht. Dagegen werden die FührerInnen der Volksbewegung im ganzen Land von der Polizei verfolgt, um so die Proteste zu stoppen. Es hat schon zwei Tote und Dutzende Verletzte gegeben. Viele Personen befinden sich in Haft.

(Zusammenstellung: hav)

Atommülltransporte durch Großstädte

KÖLN. Vier Stunden stand dieser Castor-Behälter am 15. Juli unbeachtet auf dem Verschiebebahnhof in Porz-Gremberg-hoven, direkt neben einem Wohngebiet – beladen mit hochradioaktivem Atommüll aus zwei Kraftwerken. Laut Greenpeace rollen



rund 50 Transporte dieser Art jedes Jahr durch Köln. Doch die Kölner Behörden, die im Katastrophenfall reagieren müßten, wissen angeblich von nichts.

Verfassungsgerichtshof weist die drei Kruzifix-Klagen zurück

MÜNCHEN. Wie in der letzten Ausgabe berichtet, hatten der Bund für Geistesfreiheit, ein Vater und Mitglieder der grünen Landtagsfraktion Klagen gegen Kruzifix-Vorschriften in Bayerns Volksschulen eingereicht. Alle drei wies der VGH Anfang August ab. Gerichtspräsidentin Hildegund Holzheid argumentierte, es sei nur rechtmäßig, wenn der Staat die Übereinstimmung von Schule und Elternhaus bei grundlegenden Weltanschauungen unterstützte. Die Widerspruchsklausel im Kruzifix-Gesetz ermögliche genug Einwirkungsmöglichkeit für andere religiöse Überzeugungen. Das Grundrecht, in weltanschaulichen Fragen zu schweigen, könne aber nur in bestimmten Grenzen ausgeübt werden. Diese Grenzen würden überschritten, wenn ein Widerspruch gegen das Kreuz unbegründet bleibe. Die FDP kritisiert die Entscheidung als „staatspolitisch sehr bedenklichen Vorgang“ und der Bund für Geistesfreiheit erklärt „Das ist ein Sieg der Parteipolitik über juristische Kompetenz“. Auch die Grünen meinen, der Gerichtshof habe eine Chance verpaßt, „Unabhängigkeit zu demonstrieren“.

Die SPD prophezeit, daß der Spruch in Karlsruhe keinen Bestand haben werde. Der Vater einer 10jährigen Schülerin aus Augsburg wird nämlich das Bundesverfassungsgericht anrufen.

Quelle: SZ 2./3.8.97

baf

Ideenwettbewerb für ein Deserteur-Denkmal in Stuttgart

STUTTGART. Vom 1. August bis zum 1. November können bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Stuttgart Wettbewerbsunterlagen zur Gestaltung eines Deserteur-Denkmal in der Stuttgarter Innenstadt angefordert werden. In den Aufgabenstellungen heißt es u.a.: „Das Denkmal soll allen Deserteuren gewidmet sein –

ein Denkmal für die Gewissensfreiheit, ein Denkmal gegen den blinden Gehorsam, gegen den Krieg. Nicht der Widerstand gegen den Zweiten Weltkrieg ist der zentrale Gedanke, sondern der Widerstand gegen Krieg gestern, heute und morgen.“ Die Durchführung der Realisierung soll den Kostenrahmen von insgesamt 50.000 DM nicht übersteigen. Abgabe der künstlerischen Arbeiten: 10.–12. November, Preisgerichtssitzung ist am 15. November. Quelle: DFG-VK, CL-Netz

Krupp Hoesch lehnt Nutzungsvertrag ab

ESSEN. Am 29.7. haben die Jugendlichen das Haus, das sie Anfang Juli besetzt haben, wieder geräumt. Trotz zahlreicher Vermittlungsversuche u.a. des Jugendamtes, war Krupp Hoesch als zweitgrößter

Haus- und Wohnungseigentümer in Essen nicht zum Abschluß eines befristeten Nutzungsvertrages bereit. Die Jugendlichen beugten sich damit dem enormen Druck durch Krupp Hoesch Immobilien, die auf juristische Schritte nur bei freiwilliger Räumung verzichten wollten. Das Jugendamt sicherte den „Besetzern“ zu, daß die obdachlosen Jugendlichen, die in dem Haus eine vorübergehende Bleibe fanden, untergebracht werden. Daraufhin verließen die „Besitzer“ das Haus, obwohl es bis zu einem Abriß vermutlich noch Jahre dauern wird und die weitere Verwendung des Grundstückes nicht klar ist. Es ist den Besetzern immerhin gelungen, die Stadtverwaltung und in beschränktem Umfang die Öffentlichkeit auf die Situation obdachloser Jugendlicher zu stoßen. Die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen unterstützte ihre Anliegen. DKP, SDAJ, PDS u.a. wandten sich mit Schreiben an Krupp Hoesch und die Stadt. Die Unterstützung war jedoch zu gering, um den Konzern zum Nachgeben zu bewegen. wof

Hakenkreuze an Kirche geschmiert

UETERSEN. Wie in Lübeck, Hamburg und Husum wurde auch in Uetersen eine Kirche beschmiert. Die rechtsradikalen Unbekannten malten zwei seitenverkehrte Hakenkreuze und SS-Runen an die Wand sowie die Kirchentür. Staatsschutz und Kripo wurden von der Kirchenleitung eingeschaltet. Um der Öffentlichkeit zu zeigen, was in diesem Land vor sich geht, haben sich Pastoren und Kirchenleitung entschlossen, die Zeichen vorerst als „Mahnmal“ mit einem Plakat mit der Aufschrift „Dieses Zeichen steht für Unrecht und Mord, Christen wollen Gerechtigkeit und Frieden, Hakenkreuze stehen dagegen“ zu erhalten. S.P.



MÜNCHEN. Alljährlich findet im August der Rudolf Hess Gedenkmarsch der Nazis statt. Im Rahmen der bundesweiten antifaschistischen Aktionswoche der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation und des Bundesweiten Antifatreffen „Organisiert den antifaschistischen Widerstand – dem Rudolf-Hess- Marsch entgegenzutreten!“ beteiligt sich auch die Antifaschistische Aktion München an den Gegenaktivitäten. In München finden die Aktivitäten gegen den Hess-Gedenkmarsch im Rahmen der Anti-JN-Kampagne der AA München statt. Als Höhepunkt der Aktionswoche wird am Samstag, 16.8.97, eine Demonstration vom Marienplatz zur NPD-Zentrale in der Holzstraße stattfinden.

**„Noch immer sichert die Bundesrepublik ungerechte und umweltzerstörende Projekte in Entwicklungsländern finanziell ab“
Kampagnenauf Ruf „Für eine Reform der Hermes-Bürgschaften“**

Kann Hermes ohne Mars?

U-Boote für Indonesien... Militärlastwagen für die Türkei... Atomkraftwerk in der Slowakei... Drei-Schluchten-Staudamm in China... Die Liste skandalöser, unsozialer und unökologischer Projekte, an denen die Bundesrepublik durch Hermes-Bürgschaften beteiligt ist, wird jedes Jahr länger!

Jährlich exportiert die Bundesrepublik Waren im Wert von mehr als 700 Mrd. DM. Davon gehen über 100 Mrd. DM in Entwicklungsländer. Exporte in Höhe von 35 Mrd. DM werden durch Hermes-Bürgschaften staatlich gefördert, ohne daß ökologische, entwicklungspolitische oder friedenspolitische Aspekte berücksichtigt werden.

Die von der Bundesrepublik unterschriebene Agenda 21 fordert, „daß Handels- und Umweltpolitik miteinander im Einklang stehen und daß sie den Prozeß in Richtung nachhaltige Entwicklung zusätzlich unterstützen“. Die Hermes-Versicherung ist das wichtigste staatliche Exportförderungsinstrument; deshalb fordern wir, daß sie diese Prinzipien umsetzt!

Die Reform von Hermes könnte zum Vorbild für den gesamten Außenhandel werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Vorreiterrolle, die sie beim internationalen Umweltschutz beansprucht, unter Beweis zu stellen und eine weitreichende Reform der Hermes-Bürgschaftsvergabe einzuleiten. Eine zukunftsfähige Umgestaltung des Außenhandels ist nur möglich, wenn Regierung und Wirtschaftsverbände sich nicht länger hinter angeblichen Wettbewerbsnachteilen auf dem Weltmarkt verschansen. Die Debatte um den „Standort Deutschland“ darf nicht länger für eine Politik benutzt werden, die im Widerspruch zur zukunftsfähigen Entwicklung des ganzen Planeten steht. Als staatliches Förderinstrument sollte Hermes für den Export umwelt- und sozialverträglicher Technologien eingesetzt werden.

So geht es nicht weiter!

Ausfuhrbürgschaften werden deutschen Unternehmen auf Antrag gewährt. Damit sichern sich diese gegen die politischen und wirtschaftlichen Risiken ihrer Exportgeschäfte ab, beispielsweise gegen die Zahlungsunfähigkeit des Käufers. Bei der Genehmigung dieser Anträge sind heute ausschließlich wirtschaftliche Interessen maßgeblich.

Hauptkritikpunkte der derzeitigen Vergabep Praxis sind:

- Eine Umweltprüfung, die diesen Namen verdient, findet nicht statt.
- Entwicklungspolitische Aspekte werden kaum berücksichtigt. Dabei ist das

Volumen der Hermes-verbürgten Exporte in Entwicklungsländer doppelt so groß wie die Entwicklungshilfe.

- Rüstungsexporte werden selbst in Krisengebiete wie die Türkei und Indonesien gefördert. Mit Hermes-verbürgten Exporten konnte im Irak Giftgas produziert werden.

- Menschenrechtsfragen werden außer acht gelassen.

Es gibt zu wenig wirksame Absicherung gegen Korruption.

Darüber hinaus ist das gesamte Verfahren durch Geheimhaltung gekennzeichnet. Mißstände werden – wenn überhaupt – nur zufällig und im Nachhinein bekannt. Sogar Parlamentarier/innen können die Entscheidungen nicht beeinflussen; sie erteilen stattdessen eine jährliche Blankozusage über die gesamte Deckungssumme.

Die Hermes-Zusage beim weltweit umstrittenen Drei-Schluchten-Staudamm in China hat gezeigt, daß nicht einmal eine Parlamentsdebatte Einfluß auf die Bürgschaftsvergabe hat. Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen – nur die Ministerien, die Industrie und die Banken sind bei der Vergabe von Deckungszusagen dabei.

Nutznieser dieser Praxis sind deutsche Unternehmen, die ihre Exporte in Hoch-Risiko-Länder mit staatlicher Unterstützung versichern lassen. Nutznießer in den Importländern sind in vielen Fällen korrupte Eliten, die unverantwortliche Großprojekte gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen und dafür massive Schuldenerhöhungen in Kauf nehmen. Leidtragende sind die von ökologischen Katastrophen, Zwangsumsiedlungen, Kriegen und Verschuldung Betroffenen.

Wir fordern:

- Keine Hermes-Bürgschaften für Projekte, die ökologische und soziale Schäden anrichten
 - Keine Versicherung von Rüstungsgütern
 - Bevorzugte Förderung sozial und ökologisch nachhaltiger Exporte
 - Wirksame parlamentarische Kontrolle
 - Information und Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Bürgschaftsvergabe
- (...)

Die Unterzeichnenden mahnen die längst überfällige Reform der Exportförderungs- und Außenhandelspolitik an. Wir fordern die Bundesregierung auf, in Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppen Vorschläge zur grundlegenden sozialen und ökologischen Umgestaltung des Hermes-Instrumentariums zu erarbeiten und umzusetzen.



Erstunterzeichner/innen sind 58 bundesdeutsche Nichtregierungsorganisationen.

Hermeskampagne
c/o Urgewald, Van-Galen-Str. 4
Telefon: 02583/1031, Fax 4220

Von Hamburg aufgegriffen

Kanthers Maulkorb-Initiative



HAMBURG. Anfang Mai forderte Bundesinnenminister Kanther die Hamburger Innenbehörde auf, ein Betätigungsverbot gemäß § 37 Ausländergesetz (Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung) gegen den in Hamburg lebenden Isaac Velazco zu prüfen. Die Bundesregierung entsprach damit der Aufforderung von Perus Präsident Fujimori, der inzwischen wegen der unnachgiebigen Verfolgung der regimekritischen Opposition aus den eigenen Reihen seinerseits unter Druck gerät. Während der Botschaftsbesetzung in Lima durch ein Kommando der MRTA, beachtete die deutsche und internationale Presse die „Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru“ mit großer Aufmerksamkeit und zitierte ausführlich aus den Pressekonferenzen ihres in Hamburg lebenden Europasprechers. Wegen des großen Presseechos,

welches die Erklärungen von Isaac Velazco hervorriefen, soll ihm jetzt der Maulkorb umgehängt werden. Nach wochenlanger Prüfung teilte das zuständige Einwohnerzentralamt ihm am 2.7.97 mit, daß von seiten der Hamburger Innenbehörde ein politisches Betätigungsverbot erwogen wird. Bis Ende Juli ist Isaac Velazco eine Frist zur Stellungnahme eingeräumt worden. Vorsorglich wurde dem Europasprecher schon einmal angekündigt, wo es zukünftig langgehen soll: Alle öffentlichen Äußerungen werden untersagt, die „im Zusammenhang mit den Zielen der MRTA in Peru die Anwendung von Gewalt befürworten, rechtfertigen und anwenden“. Da Befreiungsbewegungen, die auf dem Boden anderer Staaten operieren, von der Bundesrepublik nicht verboten werden können, wird zur Durchsetzung der „außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ auf die repressive Sonderbehandlung mittels des Ausländergesetzes zurückgegriffen: Nach § 37 Abs.1 Nr.2 „kann die politische Betätigung eines Ausländers beschränkt oder untersagt werden, wenn sie den außenpolitischen Interessen oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen zuwiderlaufen kann“. Und weil „Interessen“ von vielen Formen des Widerstandes gestört werden können und weil das Wörtchen „können“ noch nicht einmal einen Nachweis verlangt, wurde bereits mit dem gleichen Argument den Familiengehörigen von erschossenen MRTA-Kommandomitgliedern der Mund respektive die Einreise in die BRD verboten.

Der aktuelle Stand kann jeweils Dienstags in der B'5 erfragt werden. Außerdem ist eine Veranstaltung zum Thema in Vorbereitung. *kun*

Schulsituation katastrophal Stadtelternrat protestiert

WEINHEIM/BERGSTRASSE. 150 neue Lehrer/innen wären im neuen Schuljahr ab September im Bereich des Schulamtes Heidelberg (Rhein-Neckar-Kreis) nötig. Nur 37 werden wohl kommen. Die Neueinstellungen wurden von der Landesregierung kurzerhand auf das zweite Schuljahr verschoben. Katastrophale Zustände mit drastischen Stundenausfällen sind die zwangsläufige Folge. An einzelnen Schulen gibt es schon heute Komplettausfall von Fächern wie Deutsch oder Mathematik über viele Monate hinweg, weil einzelne Lehrer/innen durch Krankheit, Schwangerschaft, Tod oder sonstwie ausgefallen sind. Über 50 Jahre ist das Durchschnittsalter der Lehrer/innen an fast allen Schulen, der Zeitpunkt, an dem dann - wegen des jetzt über

Jahre ausbleibenden schrittweisen Nachwuchses - plötzlich ganze Kollegien leerstehen, ist absehbar. Daß in diesem Zusammenhang immer mehr Aufgaben der Schule in den privaten Bereich verlagert werden, ist wohl durchaus Zweck der Politik: Rund 25-30% der Schüler/innen erhalten heute bezahlte Nachhilfe. Die Probleme werden privatisiert.

Hinzu kommt, daß die sachliche Ausstattung der Schulen drastisch verschlechtert wird: Vor Jahren schon wurde der Anteil der Gelder, die durch die Kommune vom Land an die Schulen für Lehr- und Lernmittel weitergereicht werden, um 20% gesenkt. Eine weitere Kürzung um 10% erfolgte Anfang 1997. Damit also Kürzung insgesamt 40%! Und das trotz der großen Mehrausgaben durch Rechtschreibreform und gewaltige Preissteigerungen bei Printmedien ...

Die Schulleitungen, die ja - als Folge der vielgefeierten Budgetierung - selbst über die konkrete Verwendung der ihnen

zugeteilten Mittel entscheiden müssen, dürfen nun selbst entscheiden, wie sie die Kürzung verkraften.

Spätestens im nächsten Jahr, wenn die letzten Reserven aufgebraucht sind, wird das zu katastrophaler Mangelversorgung führen. Deshalb hat auch die Landesregierung entschieden, daß die „Geringfügigkeitsgrenze“, bis zu der bisher Lernmittel privat beschafft werden müssen, künftig einfach aufgehoben werden soll! In dieses Bild paßt natürlich auch die Streichung der Fahrtkostenzuschüsse für Schülertransporte, die nicht nur zum vollständig privaten Bezahlen der Fahrt zur Schule, sondern auch zum Wegfall von Schwimmunterricht an vielen Schulen führt: Denn ohne Fahrt ins Schwimmbad kein Schwimmunterricht!

Der Stadtelternbeirat der Weinheimer Schulen protestierte gegen die Kürzungen und verlangt zumindest die Aufhebung der jüngsten Haushaltssperre.

BF, Gegenwind Weinheim

Jugendamt

Soziale Dienste gefährdet?

STUTTGART. Die CDU-Fraktion des Gemeinderats legte am 20. Juni einen Antrag zur Neustrukturierung der sozialen Dienste in Stuttgart vor, der zumindest im Jugendamt für ziemlichen Wirbel sorgte. Er mündet in dem Vorschlag, die sozialen Dienste in Sozial- und Jugendamt den Bezirksämtern zuzuordnen. Damit wären die sozialen Dienste weg vom Jugendamt, die Kindertagesstätten und -heime könnten Eigenbetriebe werden und das Jugendamt somit überflüssig. Der Wegfall der sogenannten Fachämter degradiert die Sozialarbeiter zu Zuweisungspersonen von Geldern, die fachliche Qualität ist nicht mehr gefragt und das bei steigenden Problemen in den Familien, so argumentiert man im Jugendamt. Der Jugendamtsleiter verfaßte dazu ein Schreiben an die Beschäftigten, in dem er u.a. mitteilte:

„Diese Alternativen widersprechen allen bisher erarbeiteten Zielen der Einführung des neuen Steuerungsmodells, den bisherigen Ergebnissen der Organisationsentwicklung im Amt und den Organisationsentwicklungen der Jugendhilfe und der Jugendämter bundesweit. Die Vorschläge der CDU-Gemeinderatsfraktion bedeuten eine fachliche und strukturelle Kehrtwende ... Der vor drei Jahren begonnene Prozeß der fachlichen und strukturellen Weiterentwicklung des Jugendamts würde gestoppt werden... Ich möchte Sie bitten, unseren Weg, unsere Ziele und Perspektiven für eine ganzheitliche Jugendhilfe in unserer Stadt offensiv zu vertreten.“

Der Personalrat lud am 17.7.97 zu einer Personalratssprechstunde ein, um zu informieren und die Meinung der Betrof-

fenen zu hören. Ca. 70 Beschäftigte, vor allem aus den sozialen Diensten, waren dieser Einladung gefolgt. Es wurde mitgeteilt, daß der Strukturausschuß (beratender Ausschuß des Verwaltungsausschusses) am Tage davor den Antrag der CDU abgelehnt hat. Es wird eine neue Vorlage mit Vorschlägen zur Einrichtung von Bürgerämtern in den Bezirksrathäusern erarbeitet. Es gab eine heftige Diskussion im Strukturausschuß. Die Stadtverwaltung will eine Zusammenfassung aller sozialen Dienste, die bisher in Sozial- und Jugendamt und Gesundheitsamt angesiedelt sind - daß dies nicht so bleiben kann, darüber ist man sich einig. Der Streit geht darum, ob es in Zukunft im Rahmen der Verwaltungsreform in Stuttgart eine Produktgruppe „soziale Dienste“ oder eine Produktgruppe „integrierte Kinder- und Jugendhilfe“ geben soll.

Auf der Personalratssprechstunde wurde bemängelt, daß die Position des Personalrats nicht eindeutig geklärt ist. Es wurde kritisiert, daß der Eindruck entstanden sei, daß Teile der Aufgaben der sozialen Dienste (Altenbetreuung) im Jugendamt aufgegeben werden sollen, um zu verhindern, daß die Kindertagesstätten in Eigenbetriebe umgewandelt werden.

Der Personalratsvorsitzende stellte klar, daß es Überlegungen in diese Richtung gäbe als „Notausgang“, um eine Sicherung der sozialen Dienste im Jugendamt zu erreichen. Er formulierte als Ziel der Projektlenkung, in der er qua Amt vertreten ist, die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe regionalisiert zusammen zu lassen.

mok, gekürzt

FAZ verlor Prozeß



KÖLN. Das Kölner Landgericht wies am 2. Juli die Klage der FAZ-GmbH und ihres Afrika-Korrespondenten Udo Ulfkotte gegen Karl Rössel vom Rheinischen Journalistenbüro ab. Es bewertete die Aussage Karl Rössels, „FAZ“-Journalist Udo Ulfkotte sei für einen firmenfreundlichen Artikel von Shell geschmiert worden (wir berichteten), als „Werturteil mit Tatsachenbezug“. Die von Shell gesponserte Nigeria-Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung darf also auch weiterhin ungestraft als „journalistische Prostitution“ bezeichnet werden. Bei den umstrittenen Äußerungen, so führte das Gericht aus, handele es sich nicht um Schmähkritik, sondern um zulässige Werturteile in der Sache, und die Tatsachen seien schließlich unstrittig.

Tatsache ist: Shell hatte im vergangenen Oktober vier deutsche Zeitungsjournalisten, darunter Ulfkotte, auf Kosten des Hauses ins Nigerdelta geladen und Hubschrauberflüge mit ihnen veranstaltet. In Ulfkottes Bericht über diese Veranstaltung fehlte jeder Hinweis auf die Regie des Ölmultis. Die Londoner Konzernzentrale nutzte den Bericht der FAZ „Von Umweltverschmutzungen nichts zu sehen“ kurze Zeit später sogar für ein eigenes Werbevideo.

Nach dem Urteil des Gerichts dürfte Rössel in Zukunft auch behaupten, die FAZ sei von Shell für firmenfreundliche Berichterstattung „geschmiert“ worden. Richter Huthmacher: Der Vorwurf des Geschmiertwerdens beinhaltet die tatsächliche Behauptung, einen materi-

ellen Vorteil für ein bestimmtes Vorgehen erhalten zu haben. Dies entspreche wiederum den unstrittigen Tatsachen.

Die FAZ-Anwälte argumentierten dagegen bis zuletzt, Fremdfinanzierungen wie durch Shell seien für die FAZ völlig normal. „Auf die Unterstützung von Shell braucht vernünftigerweise auch nicht hingewiesen zu werden“, erklärte FAZ-Anwalt Winfried Seibert. „Andernfalls würde die Einleitung solcher Berichte zu einer Sponsorenaufzählung führen, ohne daß das inhaltlich von Bedeutung wäre.“

Der einzige Zeuge der FAZ, Shell-Pressesprecher Rainer Winzenried, wurde vom Gericht gar nicht erst gehört. Karl Rössel: „Schade. Dann hätten wir Prostituierte und Zuhälter in einem Saal gehabt.“

FAZ-Geschäftsführer Klaus Rudloff hat auf Nachfrage der Frankfurter Rundschau erklärt, seine Zeitung wolle gegen das Urteil des Kölner Landgerichts Berufung einlegen. Das weitere juristische Verfahren könnte dann wie folgt aussehen: die FAZ müßte spätestens einen Monat nach der offiziellen Zustellung des Urteils Berufung beim Oberlandesgericht Köln einlegen, wo – unabhängig vom ersten Urteil – völlig neu verhandelt würde. Da der Streitwert in diesem Fall mit 100.000 DM über dem Grenzwert von 60.000 DM für juristische Auseinandersetzungen von geringer Bedeutung liegt, könnte danach auch noch der Bundesgerichtshof angerufen werden, allerdings nur, um Verfahrensmängel zu rügen. Die

letzte Möglichkeit zur Revidierung der Entscheidung wäre danach eine Verfassungsbeschwerde.

Es bleibt abzuwarten, ob die FAZ und ihr Afrikakorrespondent Udo Ulfkotte tatsächlich in die Berufung gehen werden. Wenn sie es tun, müßte wohl auch Shell-Pressesprecher Rainer Winzenried als Zeuge für die FAZ vor Gericht auftreten.

nach taz, 3.7.1997, und Pressemappe von Media Watch – Aktuelle Ergänzungen aus Lokalberichte Köln

Reader erschienen:

Shell, Nigeria und die Medien. Dokumentation über die Versuche des Shell-Konzerns, die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten zu manipulieren.

Herausgeber ist Media Watch, eine Initiative zur kritischen Beobachtung der Berichterstattung über die Dritte Welt, die 1993 vom Dritte-Welt-JournalistInnen-Netz und der Heinrich-Böll-Stiftung ins Leben gerufen wurde. Die Dokumentation wurde zusammengestellt von Karl Rössel und Peter Emorinken-Donatus. Sie ist kostenlos zu beziehen über

Media Watch, c/o Heinrich-Böll-Stiftung, Brückenstr. 5 - 11, 50677 Köln, Tel. 20711-33, Fax 20711-51

Brand in vor allem von Ausländern bewohntem Haus

Unwürdige Wohnverhältnisse

ESSEN. Nur wenige Wochen nach dem noch immer unaufgeklärten Brand im Flüchtlingsheim Essen-Werden hat in Essen erneut ein Haus gebrannt, das überwiegend von Ausländern bewohnt wird.

In der Nacht vom 20. auf den 21.7. brach im Appartementhaus Friedrich-Ebert-Str. 37 ein Feuer aus. 21 Bewohner wurden verletzt, am schwersten eine Frau, die aus Angst vor den Flammen aus dem Fenster des zweiten Stocks sprang. Die Polizei geht von vorsätzlicher oder fahrlässiger Brandstiftung aus, verbreitete jedoch schon in ihren ersten Verlautbarungen: „Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund liegen nicht vor.“

Diese inzwischen schon übliche Aussage stützte sie darauf, daß es keine faschistischen Schmierereien am Haus,

„Bekennner“-Schreiben oder ähnliches gab.

65 Menschen waren in dem Haus gemeldet, 39 davon ohne deutschen Paß. Der Brand ging von einem Sofa aus, das als Sperrmüll im Flur des ersten Stocks stand. Brandbeschleuniger-Spuren wurden nicht gefunden.

Sprecher von Pro Asyl/Flüchtlingsrat werteten die (zu) schnelle Aussage der Polizei zum „Hintergrund“ dennoch als „sehr bedenklich“. Sie soll beruhigen, und manch einer ist auch sehr erpicht darauf, sich beruhigen zu lassen, meinten die Sprecher.

Die Aussage erweckt jedoch den Eindruck, daß schon die Möglichkeit eines faschistischen Anschlages ausgeschlossen wird – und die Opfer sicher „wieder“ selbst Schuld sind. Nach Lübeck, wo Staatsanwaltschaft und Polizei Ermitt-

lungen in Richtung faschistischer Täter bewußt ausklammerten, sollten die Folgen solchen Vorgehens eigentlich klar sein.

Doch auch, wenn es sich bei dem Brand in der Friedrich-Ebert-Straße vermutlich wirklich um fahrlässige Brandstiftung handelt: Thematisiert werden müssen die Umstände, unter denen Menschen in dem Haus lebten.

Herumstehender Sperrmüll ist immer eine Brandgefahr, der Feuerwehr kamen bei den Löscharbeiten Kakerlaken entgegen.

Trotzdem kassierte die Vermieterin nach Aussage von Bewohnern für ein ca. 30 qm großes Appartement über 600 DM, möbliert sogar über 700 DM. Doch obwohl die Stadt zumindest für die von Sozialhilfe lebenden Flüchtlinge regelmäßig die Miete überwie, kümmerte sie sich um diese Umstände nicht.

Jetzt haben Verantwortliche immerhin schärfere Brandschutzkontrollen angekündigt.

wof

Keine Nazi-Aufmärsche in Berlin! Probt CDU-Innensenator Schönbohm die Bezirksreform?

Obwohl der Mordanschlag auf einen Marzanner Buchhändler von einem Mitglied des „Weißen Arischen Widerstands“ noch in frischer Erinnerung ist, hält der Berliner CDU-Innensenator Schönbohm weiter seine schützende Hand über die Neonazis. Am 26. Juli marschierten weit über 100 Rechtsextremisten durch Berlin-Hellersdorf, unter ihnen Angehörige der NPD-Jugendorganisation (JN) und einer „unabhängigen Kameradschaft“. Der Aufmarsch war kurzfristig angemeldet und von der Berliner Polizei begleitet worden. Dazu erklärte der stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner PDS, Dr. Peter-Rudolf Zotl:

Dies war ein weiterer Versuch neofaschistischer Kreise, im Bezirk Hellers-

dorf Stärke zu demonstrieren. Wiederum wurde die Berliner Polizei an die Seite der Rechtsextremisten befohlen, obwohl selbst das Landesamt für Verfassungsschutz einschätzt, daß die JN „anderen Rechtsextremisten einschließlich Neonazis Unterschlupf bildet“ und daß „an der neonazistischen Ausrichtung der Kameradschaften kein Zweifel besteht“.

Eine neue, gefährliche Qualität zeigt sich darin, daß der Senat das Bezirksamt und den Bezirksbürgermeister von Hellersdorf offenbar bewußt über den bevorstehenden Aufmarsch in Unkenntnis ließ.

Ich erinnere daran, daß Bezirksbürgermeister Dr. Uwe Klett (PDS) nach den Ereignissen vom 15. Februar dieses Jahres einen Runden Tisch angeregt und dazu auch Innensenator Schönbohm (CDU) eingeladen hatte, um das Vorgehen bei ähnlichen Herausforderungen

für die Demokratie zu koordinieren. Innensenator Schönbohm hatte seinerzeit demonstrativ abgesagt.

Nunmehr stellt sich die Frage, ob die Ignoranz, mit der die Senatsinnenverwaltung einem Berliner Bezirksamt gegenübertritt, ein Vorgriff auf die von Innensenator Schönbohm angestrebte Bezirksgebietsreform ist. Anstatt die Mitsprache und die politische Kompetenz der Bezirke auszubauen, werden deren gewählten Repräsentanten „kaltgestellt“ und zentralistisch an den Interessen der Bezirke vorbei regiert - noch dazu zum „Schutz“ ausgewiesener Neonazis.

Die Berliner PDS warnt dringend vor den Folgen solcher Entwicklungen. Berlin darf weder ein Aufmarschplatz für Neonazis noch eine zentralistisch verwaltete Hauptstadt mit entmündigten Bezirken werden.

PDS-Presseerklärung vom 29.7.97

Kinder aus armen Familien sind deutlich häufiger krank

Brandenburg: Jedes fünfte Kind ist krank

Erstmals hat das brandenburger Gesundheitsministerium in diesem Jahr einen Report über die gesundheitliche Situation von eingeschulten Kindern vorgelegt. Die Ergebnisse sind gravierend: 20 Prozent der 32.000 untersuchten Kinder wiesen „ernstere Beeinträchtigungen“ auf, die eine Behandlung durch einen niedergelassenen Arzt erforderlich machten. Besonders betroffen waren Kinder aus Familien mit niedrigen Einkommen.

Familien mit niedrigen Einkommen gibt es in Brandenburg viele. Ein Fünftel der Familien in Brandenburg muß mit einem Haushaltseinkommen unter 2.400 DM leben, also nahe der Armutsgrenze – Tendenz steigend.

Die Ergebnisse der Gesundheitsuntersuchungen im einzelnen:

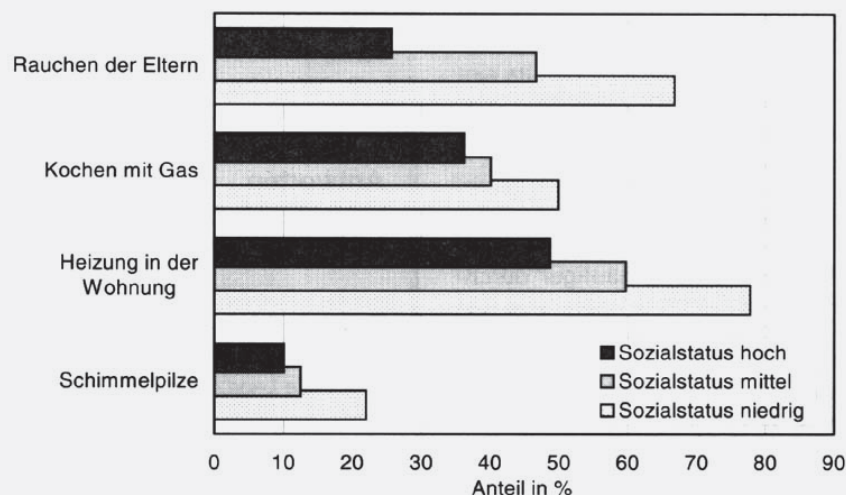
- „Bei mehr als jedem fünften Kind (bei 7.572 von 32.223 Kindern) wurden ernstere Beeinträchtigungen festgestellt: Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen (1.918), Einschränkungen der Seh- und Hörfunktionen (4.745), Störungen des Knochenapparates (800), Allergien

(2.404), Übergewicht (369), erhebliche körperliche und intellektuelle Entwicklungsrückstände bzw. Behinderungen (93) und chronische Erkrankungen (1.051).“ (S. 45 des Berichts)

- „Kinder, die keine Kindertagesstätte besuchen, mußten häufiger zurückgestellt werden als „Kita-Kinder“ und erhielten mehr Therapieempfehlungen ...“ (ebenda)

- Jedes fünfte Einschulungskind (6.389) hatte bis zu seiner Einschulung ei-

**Häusliche
Umweltbedingungen**



nen Unfall mit erheblichen Verletzungsfolgen gehabt ... Die Bilanz in Brandenburg gegenüber dem Bundesdurchschnitt ist schlecht: tödliche Kinderunfälle geschehen hier zweimal häufiger, tödliche häusliche Unfälle sogar dreimal häufiger ...“ (ebenda)

Auch hier sind Kinder aus armen Familien deutlich häufiger betroffen, sei es, weil sie häufiger an stark befahrenen Straßen leben, sei es, weil sie keine sicheren Spielplätze haben usw.

- Auch der Impfschutz läßt nach, besonders bei Impfungen, die nicht im ersten Lebensjahr routinemäßig bei allen Säuglingen vorgenommen werden. Konkret registrierten die Ärzte einen unzureichenden Impfschutz gegen Mumps (nur 35% Impfung), Röteln (30%), Hepatitis B (17%) sowie gegen Masern (87%). „Die Bedeutung der sozialen Lage für den Impfschutz von Kindern wurde auch in einer Umfrage bei Kinderärzten in den

alten und neuen Bundesländern sehr deutlich“, heißt es dazu in der Studie. „Danach ist die soziale Lage zu über 50% Anlaß eines unvollständigen Impfschutzes.“ (S. 24)

Kinderkrankheiten nehmen wieder zu

Dieser nachlassende Impfschutz ist besonders beunruhigend, weil verschiedene Erkrankungen wieder zunehmen. So stieg die Zahl der gemeldeten Erkrankungen bei Masern, Mumps und Röteln in Brandenburg 1996 nach zum Teil jahrelang rückläufigen Zahlen wieder an, für die nächsten Jahre befürchten die Ärzte einen weiteren Anstieg. (Die in der DDR bestehende Impfpflicht ist seit der „Wende“ aufgehoben.)

Ein spezielles Problem in Brandenburg ist der Jodmangel. „Ganze Regionen Brandenburgs sind Jodmangelgebiet“, heißt es in der Studie. Und weiter: „Die Jodprävention in der ehemaligen DDR

Brandenburg: Jedes fünfte Kind ...
(Fortsetzung von Seite 16)

konnte sehr gute Erfolge aufweisen.. Durch staatliche Anordnungen Anfang der 80er Jahre zur Jodsalz- und Kaliumjodatverwendung ... konnte die Jodversorgung wirksam verbessert werden. Die registrierten Fälle angeborener Schilddrüsenunterfunktion gingen daraufhin gegen null zurück. Im Gegensatz dazu erlaubt das Lebensmittelrecht der Bundesrepublik ausschließlich den freiwilligen Gebrauch von jodierten Salzen ... " Folge: die Erkrankungen wegen Jodmangel, insbesondere Schilddrüsenenerkrankungen, nehmen wieder zu. „Besonders schlecht sieht es im Landkreis Ostprignitz-Ruppin aus, wo nur 61% der Eltern regelmäßig etwas zur Jodprophylaxe tun - knapp 10% weniger als im Landesdurchschnitt. Hier liegt auch die Zahl der Schilddrüsenenerkrankungen 1994 bei Kindern mit n=25 weit über dem Erwartungswert von n=5.“ (S. 40)

Politische Konsequenzen schwach

Bei den politischen Konsequenz aus den Ergebnissen dieser (ersten) Erhebung ist der Bericht der Brandenburger Gesundheitsministerin erstaunlich zurückhaltend. Unter der Überschrift „Wo müssen seitens der Politik die Weichen gestellt werden“, heißt es im wesentlichen:

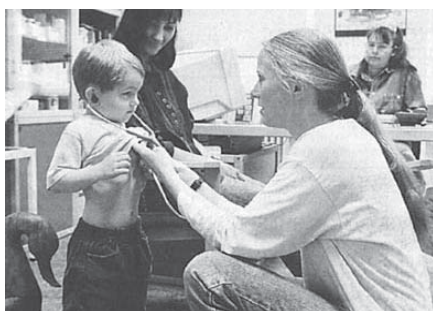
„Nötig ist vor allem der Erhalt bezahlbarer Kitaplätze in ausreichender Anzahl sowie gut qualifiziertes Kita-Personal. Hier wird ein großer Teil der gesundheitlichen Vorsorge – insbesondere für Kinder aus sozial problematischen Familien – geleistet ...

Die Gesundheitsämter müssen von der Kommunalpolitik beauftragt werden, sich stärker auf die sozialen Brennpunkte zu konzentrieren und sozialkompensatorisch zu handeln.“

Konsequenzen in der Sozialpolitik, im Wohnungsbau oder in Sachen Gesundheitsreformen – wo die Folgen von Seehofers „Gesundheitsreformen“ für die Gesundheit der Kinder armer Leute auf der Hand liegen! – benennt der Bericht dagegen überhaupt nicht.

Immerhin: Die Erhebungen sollen jährlich fortgeführt werden. *rül*

Quelle: Zur Gesundheit der Schulanfänger im Land Brandenburg. Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsförderung Nr. 6, hrsg. vom Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Potsdam 1997



KOMMUNALE POLITIK

LADENSCHLUSS: *Stuttgart.* Die Gewerkschaft HBV protestiert gegen die Zusage des Ordnungsbürgermeisters Jürgen Beck, am Samstag vor dem Sommerfest am 10. August mit einer Ausnahmegenehmigung den Ladenschluß auf 16 Uhr zu verlängern. Das Gesetz schreibt vor, daß an Samstagen vor verkaufsoffenen Sonntagen die Läden um 14 Uhr schließen müssen. Die Kaufhäuser in der Innenstadt wittern Umsatz und forderten die Stadtverwaltung auf, eine Ausnahme zu machen. Der Bürgermeister behauptet jetzt, im Gesetz sei bei der letzten Änderung ein „Redaktionsfehler“ passiert.

GEWERBEKAPITALSTEUER: *Bonn.* Ab 1. Januar wird die Gewerbekapitalsteuer abgeschafft. Die CSU behauptet jetzt, die Kommunen würden nun zusätzliche Millionen in ihre Kassen bekommen, man spricht sogar von 42 Millionen Mark plus im kommenden Jahr. Der Bayerische Städtetag hat dagegen ausgerechnet, daß die Kommunen tatsächlich rund 25 Millionen Mark weniger Einnahmen haben werden. Bis zuletzt hatten Vertreter der Kommunen einen echten Ausgleich für den Gewerbesteuer ausfall verlangt. Ihre Forderung nach mindestens 2,3 Prozent vom Umsatzsteueraufkommen konnten sie nicht durchsetzen. Ihnen wird nur 2,2 Prozent (ursprünglich 1,9%) zugestanden.

ASYLBETREUUNG: *Nürnberg.* Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) sieht sich nicht mehr in der Lage, Asylbewerber weiter zu betreuen, falls die bayerische Sozialministerin Barbara Stamm (CSU) trotz des Protests der Organisation die Zuschüsse weiter kürzt. Bereits 1996 waren der AWO von den Personalkosten in Höhe von fast 550.000 Mark nur knapp 408.000 Mark erstattet worden. Für 1997 kündigte die Sozialministerin weitere Abstriche an, die dazu führen werden, daß sich das AWO-Defizit von fast 190.000 auf 230.000 Mark im nächsten Jahr erhöht. Frau Stamm empfiehlt den Betreuern, bei ihrer Arbeit „gewisse Einschränkungen“ in Kauf zu nehmen; die Betroffenen müßten dies „wegen der allgemein bekannten prekären Haushaltssituation“ eben hinnehmen. Die AWO will aber nicht akzeptieren, daß sich nur fünf Betreuer um insgesamt 1000 Menschen kümmern sollen. Damit, so ihr Geschäftsführer, ist nicht einmal die Mindestbetreuung gewährleistet.

SABBATJAHR: *München.* Auf Vorschlag des Personalreferenten Dr. Blume-Beyerle hat der Stadtrat am 9. Juli einstimmig die Einführung eines Sabbatjahr-Modells für die städtischen Beamtinnen und Beamten im Lehrdienst beschlossen. Die Lehrkraft verzichtet zunächst über einen Zeitraum von zwei

bis sieben Schuljahren bei gleicher Unterrichtspflicht auf einen Teil ihrer Bezüge. Die Reduzierung der Bezüge hängt ab von der Laufzeit des in Anspruch genommenen Modells und beträgt zum Beispiel bei zwei Schuljahren die Hälfte, bei sieben Schuljahren ein Siebtel. Zum Ausgleich dafür erfolgt im Anschluß daran unter Weiterbezahlung der Teilzeitbezüge Freistellung vom Dienst für ein ganzes Schuljahr.

RÖNTGENAMBULANZ: *Berlin.* Die Röntgenambulanz im Krankenhaus Berlin-Köpenick soll geschlossen werden. Dagegen protestiert Dagmar Pohle, gesundheitspolitische Sprecherin der Berliner PDS-Fraktion: „Mit der Schließung der Röntgenambulanz sind grundlegende Beeinträchtigungen der medizinischen Versorgung im Allendeviertel verbunden, in dem ca. 15000 Einwohnerinnen und Einwohner leben, darunter über 100 Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer sowie überdurchschnittlich viele ältere Menschen ... Ich fordere den Senat auf, seiner immer wieder bekundeten Zielstellung der Vernetzung von stationärer und ambulanter medizinischer Versorgung Rechnung zu tragen und gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung diesen politischen Willen deutlich zu machen.“

HITLERJUNGE: *Lindau.* In der Nacht vom 29. auf den 30. Juni stießen Unbekannte eine bronzene Brunnenfigur vom Sockel, nahmen den Kopf mit und ließen den Torso liegen. Für die Wiederbeschaffung des Kopfes setzte die Stadt umgehend 500 Mark Belohnung aus. Jetzt will Oberbürgermeister Jürgen Müller die zerstörte Figur wieder aufstellen lassen. Aber die Figur ist nicht nur ein „Trommler“ oder „Büble“, sondern ein „Pimpf“ aus der Hitlerjugend, 1937 eingeweiht. Der parteilose Oberbürgermeister meint jedoch, dies sei kein Nazi-Denkmal, damals wäre die Jugend eben die Hitlerjugend gewesen und kein einziges der Kinder könnte etwas dafür.

STEFFI: *Karlsruhe.* Die Steffi, ein ehemals besetztes Haus in der Stefaniestraße 60-64, besteht nun fast 6 ½ Jahre. Sie bietet Wohnraum für 60 Menschen und ist darüber hinaus ein selbstverwaltetes kulturelles und politisches Zentrum. Einige Räumungsklagen hat sie überlebt. Ein von der evangelischen Stadtmission angestrebter Räumungsprozeß endete mit einem Vergleich. Dieser besagte, daß im Falle eines behördlich genehmigten Bauantrags für den Neubau eines Altenheims die BewohnerInnen innerhalb von sechs Wochen das Haus verlassen müssen. Jetzt ist der Bauantrag genehmigt worden. Am 30. August soll gegen die drohende Räumung mit einer Steffi-bleibt-Demo protestiert werden. *Zusammenstellung: baf*

„PUTZFRAUEN“: KEINE EINIGUNG IN SICHT:

„Keinen Millimeter“ haben sich die Arbeitgeber des Gebäudereinigerhandwerkes Nordrhein nach Angaben der IG BAU bewegt. Nachdem die Gewerkschaft den Streik vorerst aussetzte, fand am 23.7.1997 zwar ein erneutes Tarifgespräch statt. Die Kapitalisten sahen sich jedoch außerstande, ein neues Angebot vorzulegen. Eine Mitgliederversammlung des Landesinnungsverbandes am 24.7.1997 lehnte auch einen weitreichenden Kompromißvorschlag der IG BAU ab. Damit stehen die Zeichen wieder auf Verschärfung des Arbeitskampfes, der voraussichtlich auch auf den Landesverband Westfalen ausgedehnt wird.

„Keine Abkoppelung der Gebäudereiniger/innen von der allgemeinen Lohnentwicklung!“ Dieses Ziel formuliert die IG BAU auf einem Flugblatt, in dem sie über die aktuelle Situation informiert.

listen das Angebot abgelehnt. Sie wollen die ohnehin schlecht bezahlten „Putzfrauen“ (derzeitiger Tariflohn: 13 DM) weiter ganz unten in der Lohnskala halten. Nur einzelne sind aus der Front ausgebrochen. So hat die Firma Klüh, die den Düsseldorfer Flughafen reinigt, nach mehreren Tagen Streik einen Haustarif abgeschlossen. Dietmar Schäfers, Geschäftsführer der IG BAU im Bezirk Mülheim-Essen-Oberhausen: „Die Gebäudereiniger/innen haben in der vorletzten Woche bewiesen, daß sie sehr wohl in der Lage sind, einen Arbeitskampf zu führen. Nach den intensiv geführten Streikmaßnahmen rechne ich mit einem ‚dichten‘, flächendeckenden Arbeitskampf in Nordrhein-Westfalen.“ Die Landesverbände der IG BAU werden über ihr weiteres Vorgehen beraten. Bei der Firma Clemens Kleine in Mülheim fand bereits eine weitere Urabstimmung statt. Ergebnis: 100% für Streik.

Nach: Flugblatt und Presse-

IG BAU auf dem Wittenbergplatz im Stadtzentrum. Von hier brechen sie auf, mit Autos oder per Fahrrad („Tour de Streik“) um Streikposten zu unterstützen, Streikbruch anzuprangern oder auf andere Weise ihre Streikziele zu propagieren. Besonders empört waren die Kapitalisten, als die Bauleute nach dem spektakulären Wassereinbruch im Tiergartentunnel mit Transparenten zur Stelle waren: „Das kommt davon, wenn man BILLIG baut!“ oder „Mit Billiglohn auf Sand gebaut!“ Mehrere Betriebe der „Fachgemeinschaft“ sind inzwischen aus dem Tarifbruch-Kurs ausgeschert und haben mir der IG BAU Haustarife abgeschlossen. Gespräche zwischen IG BAU und der „Fachgemeinschaft“ am vergangenen Wochenende blieben ohne Ergebnis. Die Fachgemeinschaft verlangte zu Beginn der Gespräche frech, die IG BAU müsse sicherstellen, daß die „massenhaften Straftaten, begangen durch westdeutsche Roll-

ber jeder Gewerkschaft kaum zum Ausdruck bringen! Nach „Streik-Express“ der IG BAU)

LADENSCHLUSS: Die Gewerkschaft HBV protestiert gegen die Zusage des Stuttgarter Ordnungsbürgermeisters Jürgen Beck, am Samstag vor dem Sommerfest am 10. August mit einer Ausnahmegenehmigung den Ladenschluß auf 16 Uhr zu verlängern. Das Gesetz schreibt vor, daß an Samstagen vor verkaufsoffenen Sonntagen die Läden um 14 Uhr schließen müssen. Die Kaufhäuser in der Stuttgarter Innenstadt wittern Umsatz und forderten die Stadtverwaltung auf, eine Ausnahme zu machen. Der Bürgermeister behauptet jetzt, im Gesetz sei bei der letzten Änderung ein „Redaktionsfehler“ passiert: Daß es das Interesse von Beschäftigten nach ausreichenden Ruhezeiten gibt, worauf die HBV hinweist, hält er keiner Erwägung wert.

NACHTZULAGEN BEI KUGELFISCHER:

In einer Sonderausgabe des „Durchblick“ (IG-Metall-Vertrauensleute informieren) vom 14.7.97 teilte die IG-Metall-Vertrauenskörperlleitung den erfolgreichen Ausgang der Auseinandersetzung um die betrieblichen vereinbarten Nachtschichtzulagen bei der Firma FAG Kugelfischer in Schweinfurt mit. In der Konzernbetriebsrats-Sitzung am Freitag, den 11.7.1997, wurde die Kündigung der verschiedenen Betriebsvereinbarungen (Zulagen für Dreischicht und Durcharbeiten in den Pausen) diskutiert und die Rücknahme verlangt. Während des Tages wurden die Verhandlungen durch mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen unterstützt, die sich in den Betriebsratsbüros informieren ließen und ihren Protest über die geplante Streichung der Zulagen ausdrückten! Am späten Nachmittag wurde von FAG dann die Kündigung der freiwilligen Dreischichtzulage sowie der Vereinbarung Pausendurchlauf zurückgenommen. Dies ist ein großer Erfolg für Belegschaft, Vertrauensleute und Betriebsrat. Damit wird erneut die Wichtigkeit des Zusammenhalts und der gegenseitigen Unterstützung von Betriebsrat und Belegschaft deutlich.



Tatsächlich hätte der Kompromiß, den sie den Arbeitgebern angeboten hat, dem schon nicht mehr entsprochen. Die IG BAU war bereit, eine Lohnerhöhung von 1,6% ab 1.8.1997 bei einer Laufzeit von 9 Monaten oder 1,7% ab 1.9.1997 bei einer Laufzeit von 8 Monaten zu akzeptieren. Damit hätte sie nominell zwar einen Abschluß knapp in Höhe der Inflationsrate erreicht, gleichzeitig jedoch drei bzw. vier „Nullmonate“ hingenommen. Auslaufen sollte der Tarifvertrag in beiden Fällen zum 30.4.1998, insgesamt also wie bisher ein Jahr abdecken.

Trotzdem haben die Kapital-

mitteilungen der IG BAU)

BAUARBEITERSTREIK: Verhandlungen gescheitert. IG BAU will jetzt Haustarife abschließen. Der Streik der Berliner Bauarbeiter gegen die Betriebe der „Fachgemeinschaft Bau“, die den bundesweiten Bautarifvertrag nicht anerkennen wollen und deren Verband offen verkündet, den Flächentarifvertrag „zerstören“ zu wollen“, dauerte bei Redaktionsschluß schon die fünfte Woche an. Etwa 1.000 Bauarbeiter sind im Streik, über 500 Baustellen in Berlin werden von ihnen bestreikt. Täglich versammeln sich viele Bauarbeiter im Streikzelt der

Firmen Haustarife abschließen werde. Die Fachgemeinschaft habe sich selbst um jede Glaubwürdigkeit gebracht. Wie zur Bestätigung verbreitete die Fachgemeinschaft, die wochenlang angekündigt habe, sie wolle den Flächentarif „zerstören“, auf einmal, sie sei weiter an Verhandlungen über einen „Flächentarif“ interessiert. Gleichzeitig rät die Fachgemeinschaft ihren Betrieben, keine Haustarife abzuschließen, sondern „einzelnverträglich Vereinbarungen“ mit jedem einzelnen Beschäftigten. Deutlicher kann man seine Feindseligkeit gegenüber jedem Tarifvertrag und gegenü-

Diskussion im öffentlichen Dienst um Arbeitszeitverkürzung Umstritten !

Mit einem Aufruf der Großen Tarifkommission zur Mitgliederdiskussion über Arbeitszeitverkürzung begann quasi im März d.J. die Tarifrunde 1998. In Berlin fanden viele betriebliche Diskussion statt. Eine Arbeitszeitkonferenz im Mai brachte das große Mißtrauen zum Ausdruck, das die Mitglieder gegenüber dem Dienstherrn, aber auch gegenüber der Gewerkschaftsführung haben. Sofern Mitglieder gremien diskutiert haben, war die Meinung eindeutig: Wenn überhaupt Arbeitszeitverkürzung, dann nur bei vollem Lohnausgleich und einklagbaren zusätzlichen Personalstellen. Und aus den großen sog. Arbeiterbereichen (Verkehrs- und Versorgungsbetriebe) wurde nicht selten ein Nachholbedarf beim Einkommen festgestellt.

Eine Ablehnung des vom ÖTV-Vorsitzenden Mai initiierten Vorstoßes wäre für diesen ein Gesichtverlust. Vermutlich aus diesem Grund hat er jetzt einen weiteren Vorstoß gemacht. Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (DPG, GED, GEW, GdP) und der DAG wurden die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden aufgefordert, bereits im Herbst in die Tarifverhandlungen 1998 einzusteigen. Dieser neue Vorstoß ist gewagt und strittig, denn erst die Sitzung der Großen Tarifkommission am 18. und 19. September soll(te) entscheiden, ob die Arbeitszeitbestimmungen zum Jahresende gekündigt werden.

Während das „Handelsblatt“ ob dieses Vorstoßes frohlockt, weil auf „Zielmarken“ verzichtet wird und dreist verlangt, es solle auch über die „leistungsfeindlichen sozialen Kriterien beim Einkommen“ verhandelt werden sowie über eine stärkere Arbeitszeitflexibilisierung (vor allem letzteres ist geradezu unverschämt, denn der öffentliche Dienst ist der Vorreiter in Sachen Teilzeitarbeit und Arbeit zu ungünstigen Zeiten, und das zu einem Spottpreis), sind es dieselben Äußerungen Mai's, die die Gewerkschaftsmitglieder mißtrauisch machen. Kein Ton zum Lohnausgleich, keine Äußerung zum Einkommen überhaupt. Eine Blankoverhandlungsvollmacht will aber niemand geben.

In den Mitgliederdiskussionen wird nicht grundsätzlich gegen Arbeitszeitverkürzung argumentiert, größtenteils auch nicht dagegen, daß das Thema von den Gewerkschaften angesprochen werden muß. Was die Beschäftigten ärgert ist die Tatsache, daß wie selbstverständlich davon ausgegangen wird, daß es keinen vollen Lohnausgleich geben wird. Sehr viele sagen, daß sie sich weitere Einkommensverluste nicht leisten können. Es

„Die Große Tarifkommission hält an der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich fest. Sofern die öffentlichen Arbeitgeber bereit sind, sich vertraglich neben der Sicherung von Beschäftigung zu einer Schaffung von Arbeitsplätzen zu verpflichten, die regional bzw. öftlich überprüfbar und kontrollierbar ist, ist für die Große Tarifkommission ein sozial gestaffelter Teillohnausgleich verhandelbar.“ (Beschuß v. 28.2.1997)

gibt immer mehr Einzelverdiener, deren Nettoeinkommen aufgrund der hohen Sozialabgaben und Steuerprogression sowie der gestiegenen Lebenshaltungskosten (vor allem Mieten, Verkehr und staatliche Abgaben) äußerst knapp bemessen ist, die also „freiwillig“ auf nichts verzichten können. Sobald „Doppelverdiener“ in einem Haushalt vorhanden sind, sieht die Lage allerdings ganz anders aus. Belegen läßt sich dies u.a. an einer Vielzahl individueller Inanspruchnahme von Teilzeitmodellen, die selbstverständlich mit Einkommensverzicht verbunden sind. Gerade die Tatsache, daß die ÖTV keine Orientierung gibt,

wo der Lohnverzicht einsetzen könnte bzw. wie ein sozial gestaffelter Lohnausgleich aussehen könnte, verunsichert und führt zu Spekulationen. (1)

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind es leid, ständig als Buhmann und Kostgänger der Nation beschimpft zu werden. Daß die Gewerkschaften und insbesondere die ÖTV das Lied von den leeren Kassen mit singt, verärgert die Mitglieder. Und auch die letzte Erklärung von Mai hält zwar fest, daß die „Gewinnperspektiven der Unternehmen wachsen, die Börse bommt“, aber daß davon auch etwas (mehr) in die öffentlichen Kassen fließen soll, davon findet sich kein Wort.

Nach den bisherigen Diskussionen wird es sehr schwer sein, die Gewerkschaftsmitglieder auf „eine Linie“ zu bringen. Ein Zurück in Richtung „reine Lohnrunde“ wird es nach diesen Vorstößen nicht geben können, zumal ja auch die Arbeitgeberseite die Tarifverträge kündigen kann. Die Große Tarifkommission sollte unbedingt ihren Beschuß (s. Kasten) bekräftigen und konkrete Vorschläge ausarbeiten. - (har)

(1) Beispielsweise nennt der Berliner ÖTV-Vorsitzende als Einkommensgröße, ab der man über (Teil)Lohnverzicht reden könne, 70.000 DM brutto im Jahr, die HBV-Vorsitzende dagegen 40.000 DM/Jahr.

Wie Prämien und Sonderurlaubsregelungen wirken? – Beispiel Berlin:

Prämienbegünstigtes Ausschelden:

1994: 5.129 Beschäftigte des ö.D.

1995: 2.492;

1996: 600;

1997: 694 (1. Hj.)

Sonderurlaub für Beamte

(ab 55 Jahren mit 75% der Dienstbez.):

Anträge

beim Land: 408; Bewilligungen: 15

bei den Bezirken: 55; Bewilligungen: 1

Bau: Teilweise ganzjährig gesichertes Einkommen

Weitreichende Flexibilisierung

Die in der „Gravenbrucher Erklärung“ vom April diesen Jahres vereinbarten Nachfolgeregelungen für das frühere Schlechtwettergeld treten in Kraft. Möglich geworden ist das durch die Änderung des Arbeitsförderungs-gesetz wonach das Arbeitsamt jetzt ab der 121. witterungsbedingten Ausfallstunde Schlechtwettergeld bezahlt, statt ab der 151. , wie es der bereits für den letzten Winter vereinbarte Tarifvertrag vorsah.

Dieser wurde aber von großen Teilen der Baukapitalisten gebrochen, indem sie entgegen der Bestimmungen massiv Bauarbeiter entlassen haben, um das Überbrückungsgeld einzusparen. Die IG BAU hofft nun, daß die kollektive Regelung, die der neue Vertrag u.a. bietet, finanzielle Probleme kleiner und mittlerer Unternehmen kompensiert. Im Einzelnen gilt jetzt Folgendes:

- Für die ersten 50 witterungsbedingten Ausfallstunden müssen die Bauarbeiter aufkommen.

Dazu werden Arbeitszeitkonten eingerichtet, auf denen Überstunden angesammelt werden. Kommen diese nicht zusammen kann das Konto mit höchstens 50 Stunden überzogen werden, die dann nachgearbeitet werden müssen. Ist dieses nicht möglich wird für je 10 Ausfallstunden

- ein Urlaubstag abgezogen, bis zu höchstens fünf Tagen. Gibt es keinen witterungsbedingten Arbeitsausfall, oder weniger als 50 Stunden, werden die übrigen Stunden im Mai verzinst ausgezahlt, ohne die üblichen 25 % Überstundenzuschlag.

- Ab der 51. bis zur 120. Ausfallstunde wird Ausfallgeld durch eine von den Kapitalisten über die Winterbaumlage finanzierte Lohnersatzleistung der Bundesanstalt für Arbeit bezahlt.

- Ab der 121. Ausfallstunde bezahlt das Arbeitsamt Schlechtwettergeld in Höhe des Arbeitslosengeldes.

Das ist die einfache tarifvertragliche

→ Regelung. Hinzu kommt die Möglichkeit der großen Flexibilisierung, die nur durch Betriebsvereinbarung bzw. durch Einzelvertrag gültig werden kann.

Demnach werden Arbeitszeitkonten eingeführt, auf denen die Bauarbeiter bis zu höchstens 150 Stunden ansammeln, oder auch bis zu 50 Stunden überziehen „dürfen“. Bei Schlechtwetter werden von diesem Konto bis zu 120 Ausfallstunden genommen, ab da zahlt dann das Arbeitsamt. Die übrigen 30 Stunden sind z.B. für Überbrückungstage zwischen Feiertagen und Wochenende. Im Unterschied zur einfachen Regelung wird dabei ein ganzjährig gesichertes Einkommen von 174 Stunden im Sommer und 162 Stunden im Winter monatlich garantiert, egal wieviele Stunden tatsächlich gearbeitet worden sind. Wie bei der anderen Regelung werden übrigegebliebene Stunden nach Ablauf des für ein Jahr geltenden Vertrages verzinst ausbezahlt. Kommen nicht genug Stunden zusammen wird nach der o.g. tariflichen Regelung verfahren. Mittlerweile haben Konzerne wie Bilfinger und Berger, Heitkamp und die Hochtief AG entsprechende Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, andere haben oder werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach dem anschließen.

Ein Argument der IG BAU sich auf eine solch haarsträubende Regelung einzulassen ist, daß damit aus dem riesigen Fundus von Überstunden – in keiner Branche werden mehr Überstunden gefahren wie in der Baubranche – etwas abfällt für ein ganzjährig gesichertes Einkommen. Allerdings:

Werden für eine Baustelle dementsprechende Arbeitszeiten vorgeschrieben, muß auch die Minderheit, die sich bisher gegen den Verschleiß durch Mehrarbeit wehren konnte, länger arbeiten. Somit werden also keine Überstunden abgebaut, die Kapitalisten können für sie billigere Mehrarbeit – denn der Überstundenzuschlag fällt weg – in noch größerem Umfang als bisher ausnutzen. Denn es kann passieren, daß die 120 Stunden vorgearbeitet werden, ohne daß darauf z.B. bei einem milden Winter oder durch Ausweichen auf andere Tätigkeiten, zurückgegriffen wird. Sollte es aber tatsächlich zu einem Aufbrauchen durch Schlechtwetter kommen, haben die Kapitalisten ihr unternehmerisches Risiko voll auf die Arbeiter und die Gesellschaft abgewälzt.

tja



„Bergarbeiter-Info“ zum Tarifabschluß im Steinkohlenbergbau

Und dafür haben wir im März gekämpft?

„Alle wichtigen Ziele erreicht“, schrieb das IGBE-Telegramm zum Tarifabschluß. Dies war bereits am 21.5.1997. Weil der Abschluß trotz der Auseinandersetzungen um die Kohlesubventionen in der Öffentlichkeit kaum Beachtung fand, dokumentieren wir hier leicht gekürzt einen Artikel aus dem „Bergarbeiter-Info“ Nr. 21, das Ende Juni erschien. „Der freie Samstag geht baden, die Sieben-Stunden-Schicht ist weg, zusätzlich Reallohnabbau! – Das ist ein Einbruch in wichtige tarifliche Errungenschaften der Bergarbeiter! Wir haben mit unseren Aktionen der RAG die Subventionen beschert, nun holt das Unternehmen sich bei uns zusätzliche Kohlen“, heißt es in Überschrift und Vorspann des Artikels.

Angeblich unter dem Druck der Bonner Vereinbarungen ist es den Unternehmern gelungen, uns die Sieben-Stunden-Schicht, die seit Jahrzehnten an heißen Betriebspunkten gilt, zu entreißen. Die IGBE-Verhandlungskommission stimmte hier zu, wo es früher zum Streik gekommen wäre. Den gravierendsten Einschnitt in unser Arbeitnehmerleben bei der RAG bildet ohne Zweifel die neue, allgemeinverbindliche Acht-Stunden-Schicht.

Wahrscheinlich hat keiner in den Tarifkommissionen beider Seiten jemals über einen längeren Zeitraum in einem Heißbetrieb des Ruhrbergbaus eine Sieben-Stunden-Schicht mit körperlich anstrengender Arbeit verfahren, sonst würde nicht so leichtfertig diese Errungenschaft zum Schutz unserer Gesundheit aufgegeben ...

Wenn man die neue Regelung nur unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, ist ein Riesencoup für die Unternehmer auszumachen: Denn rechnerisch ergibt sich bei einjähriger Acht-statt Sieben-Stunden-Schicht ein Gewinn von 183 Arbeitsstunden (das sind 365 Tage minus Ruhetagen, B-Schicht-Tagen, Feiertagen, Urlaub usw. ...). 183 Arbeitsstunden für den Unternehmer machen für ihn (bei fünf gerechneten reinen Arbeitsstunden pro Schicht) 36 Schichten aus. Wir erhalten im Gegenwert 15 Schichten und rund 450 DM (183

mal 2,50 DM), was für den Unternehmer noch nicht mal den Gegenwert von zwei Schichten ausmacht. Rund 20 Schichten hat der Unternehmer also ohne Gegenwert gewonnen ...

Unverständlich auch dieses Mittel in einem Tarifvertrag, der angeblich Arbeitsplätze sichern soll. Hier werden in einem Handstreich im Sieben-Stunden-Betrieb pro Arbeitnehmer rund 20 Schichten gewonnen, die natürlich Arbeitsplatzeinsparungen in nicht geringem Ausmaß dort zur Folge haben. Wie die Tarifkommission der IGBE in solch einer Zeit einem solchen Tarifabschluß zustimmen konnte, bleibt schleierhaft.

Die Aufgabe des freien Wochenendes ist ebenfalls ein lange gehegter Wunsch der Kapalseite – flexibel einsetzbare Kumpel an jedem Tag der Woche, und zuhausebleiben muß man, wenn der Pütt es will. Die alte Formulierung im Manteltarifvertrag ließ bisher schon vielen Revierteigern und schwachen Betriebsräten ein Schlupfloch zum Wohle der Förderung. Besonders die Ruhetagsverlegungen sind vielen Kumpels in unguter Erinnerung. Der „ungestörte Ablauf des Produktionsbetriebes“ galt vielen immer mehr, als das freie Wochenende.

Aber nun kommt der neue Absatz in 18 hinzu: „Bei kurzfristig oder unplanmäßig eintretendem Produktionsmehrbedarf zur Erfüllung von Kundenwünschen und zum Ausgleich ausgefallener Förderung durch geologische oder technische Gründe können Arbeitnehmer an Ruhetagen (Samstag) im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zur Arbeit verpflichtet werden ... Eine Erhöhung der Jahresproduktion kann dann erfolgen, wenn die Erfüllung von zusätzlichen Kundenwünschen dies erfordert.“

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß viele Zechen an der Grenze gefahren werden, und wenn mal ein Revier auf dem Bauch liegt, ist keine Ersatzbauhöhe da, die die ausgefallene Förderung übernimmt. Das soll nun alles auf dem Rücken der immer weniger werden Kumpel geregelt werden – „Samstags gehört der Vati uns!“, ist die Parole der Zeche. Und wie auf die Art Arbeitsplät-

Das „Bergarbeiter-Info“ wird vom Bergarbeitertreffen herausgegeben.
Kontakt: Kl. Czyborra, Albert-Schweitzer-Str. 16, Essen.

ze sicherer werden sollen, wenn samstags auch noch gekohlt werden darf – das sollte man nicht den Tarifparteien überlassen. Wie verhält sich das: Es sollen mehrere Zechen zugemacht werden, um die Förderung zu verringern, und eine Erhöhung der Jahresproduktion kann trotzdem erfolgen? Dann müssen ja noch mehr Zechen zugemacht werden, wenn andere die Produktion erhöhen! Diese Logik haben unsere Tarifparteien mit unterschrieben – neu dabei Norbert Römer, Bezirksleiter Ruhr-Ost und Vorsitzender der SPD-Arbeitnehmerschaft ...

„Mehr Geld“, schreibt die IGBE, 0,5% Lohnerhöhung ab 1. Januar 1998 – das sind für den Hauer der Lohngruppe 9 genau 73 Pfennige pro Schicht! Wir hören schon die Gedingeschere klappern, Waigel langt auch nochmal zu und dann merkt der Kumpel davon überhaupt nichts. Je nach Lage der Progressionskurve bei den Steuern kann dann sogar wieder noch weniger in der Lohntüte sein! ...

Die 600 DM Jahresvergütungserhöhung werden nochmal mitgerechnet, damit auf dem Papier 1,7% Erhöhung stehen. Aber diese Erhöhung wird durch die zusätzlichen Freischichten ab 1998 wieder aufgefressen. Der Tarifvertrag besagt, daß diese Freischichten erst im Herbst festgelegt werden, wenn der Personalüberhang des Jahres 1998 klar ist. Dann heißt es: „Zur Finanzierung der Zusatzfreischichten wird das Weihnachtsgeld aus dem Tarifvertrag über die Gewährung einer Jahresvergütung herangezogen ...“

Bekanntlich kann man für Freischichten nichts kaufen. Und die 600 DM Erhöhung sind bei einem Schichtlohn von 150 DM mit vier zusätzlichen Freischichten schon wieder aufgezehrt. Wenn die Ruhrkohle ihre Stilligungsbeschlüsse im Herbst bekanntgibt, kommen auf die Kumpel erstmal die Folgen dieses Tarifvertrages zu.

Haben wir für dieses Ergebnis im März gesorgt – mit einem Freibrief für Flexibilisierung und Leistungssteigerung in allen Revieren? Die IGBE betont, daß tarifvertraglich Kündigungen bis zum Jahre 2000 ausgeschlossen sind und daß die Absicht besteht, das bis zum Jahr 2005 gelten zu lassen ...

Nun wäre kein Kumpel aus Bonn weggegangen, wenn nicht dieses Ziel dort erreicht worden wäre, insofern ist das nichts Neues. Klar muß aber sein, daß die RAG alles nutzen wird, um die Belegschaft zu reduzieren. Krankheitskündigungen, Druck in Richtung Selbstkündigung oder Kündigungen bei unzumutbaren Verlegungen oder wenn angebotene Ersatzarbeitsplätze nicht genommen werden – alles das soll zur Arbeitsplatzvernichtung dienen. Der Tarifvertrag ist da nicht nur keine Bremse, sondern begleitet diesen Prozeß – wir bezahlen auf die eine oder andere Weise dafür!

„Alle wichtigen Ziele erreicht!“ – dies könnte vor allem die Ruhrkohle sagen...

IG Medien München berichtet:

„Digitale Revolution = finanzieller Ruin?“

So war im März letzten Jahres in der IG Medien-Zeitschrift „M“ ein Artikel über ein dreistes Vertragsangebot für Fotografen bei der Bildzeitung überschrieben. Inzwischen droht der finanzielle Ruin immer mehr. Die digitale Fotografie nimmt zu, erfordert aber eine Ausrüstung, die ca. 30000 Mark für die neue Kamera und nochmal ca. dieselbe Summe für die Infrastruktur zur Speicherung der Fotos erfordert.

Dennoch werden bei der Bildzeitung digitale Fotos bei den „freien Fotografen“, die sich in München als arbeitnehmerähnlich erklärt haben, mit einem Abschlag honoriert. Dazu heißt es in einer Hausmitteilung der Rechtsabteilung des Springer Verlages an die BILD-Chefredaktion: „Sie hatten die Frage gestellt, ob es zulässig ist, bei digital angefertigten Fotos Honorarabschläge nach 7 des Tarifvertrags für arbeitnehmerähnliche freie Journalisten an Tageszeitungen vorzunehmen. Diese Frage ist zu bejahen.“ Die Rechtsabteilung zitiert dann den Paragraph 7: „Das Bildhonorar schließt die Kosten der technischen Herstellung des angenommenen Bildes ein. Soweit dies nicht der Fall ist, können angemessenen Abschläge vorgenommen werden.“

Anstatt nun daraus zu folgern, daß die Fotohonorare zu erhöhen sind, um die Kosten der technischen Herstellung zu decken, argumentiert der Verlag in der Hausmitteilung umgekehrt: „Diese Regelung setzt voraus, daß überhaupt gesonderte Kosten der technischen Herstellung entstehen. Bei der herkömmlichen Fotografie handelt es sich hierbei im wesentlichen um Kosten für die Entwicklung von Filmen. Bei der digitalen Fotografie fallen derartige Kosten hingegen nicht an, denn die Abbildung entsteht durch elektronische Impulse, die in der Kamera automatisch in lesbare Daten umgewandelt und auf Diskette gespeichert werden. Mit der auf diese Weise erstellten Bilddatei liegt das Bild vor. Es ist unerheblich, daß es nur in digitaler Form existiert und noch nicht sichtbar ist.“

Mit dieser abenteuerlichen Argumentation will der Springer Verlag nicht nur Abschläge bei der Honorierung, sondern auch eine Aushebelung des Urheberrechts begründen. In der Hausmitteilung heißt es weiter: „Dieser Standpunkt wird auch durch urheberrechtliche Überlegungen gestützt. Wird beispielsweise ein digitales Foto auf einem Bildschirm sichtbar gemacht, ist dies rechtlich als Vervielfältigung, also als Wiedergabe ei-

nes bereits existierenden Bildes zu beurteilen. Ähnlich ist die Situation bei der digitalen Bildmanipulation, die rechtlich eine Bearbeitung einer bereits vorhandenen Bilddatei darstellt.“ In dieser abstrusen Logik, die dem Urheber die ihm zustehende Vergütung vorenthalten will, geht es unmittelbar weiter:

„Das elektronische Bild entsteht also zeitgleich mit dem Fotografieren, ohne daß dem Fotografen hierdurch gesonderte Kosten für die technische Herstellung erwachsen. Die tariflichen Voraussetzungen zur Erstattung derartiger Kosten sind also nicht gegeben, so daß der Verlag das Recht hat, bei den tariflichen Bildhonoraren angemessene Abschläge vorzunehmen.“

Auf einem ganz anderen Standpunkt steht zwangsläufig ein freier Fotograf bei der Münchner Bildzeitung, der sich nun die gesamte Ausrüstung für digitale Fotografie anschaffen mußte: „Der Verlag mußte mir einen Aufschlag von mindestens 25 Prozent zahlen, damit er mir die Kosten der technischen Herstellung auch nur einigermaßen abgibt.“

Dieser Fotograf hat auch Schwierigkeiten mit seinem „Urlaubsgeld“, das ihm als Arbeitnehmerähnlicher zusteht. Nachdem er sein Urlaubsgeld nach mehrmaliger Mahnung von der Rechtsanwaltskanzlei Hohmann, Rüller und Dankowski einfordern ließ, wurde ihm mitgeteilt, daß seine Ansprüche unbegründet seien. Denn er hätte diese nicht bis zum Ablauf des dritten Monats nach Abrechnung schriftlich geltend gemacht, wie es im Tarifvertrag für Arbeitnehmerähnliche stünde. Nun steht in diesem Tarifvertrag überhaupt nichts über den Urlaub. Die Fachanwältin für Arbeitsrecht, Angelika Rüller: „Maßgebend ist in diesem Fall das Bundesurlaubsgesetz, nach dem die Urlaubsansprüche des Fotografen keinesfalls verfallen wären. Wir werden eine Klage vor dem Münchner Arbeitsgericht einreichen.“

Die Urlaubsproblematik und die digitale Fotografie waren auch Thema bei dem Gespräch mit dem BDZV über den Tarifvertrag für freie Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen am 18. April in Frankfurt. Manfred Moos vom Hauptvorstand der IG Medien: „Bei dem Tarifgespräch wurden auch die konkreten Probleme angesprochen, die sich derzeit bei der Anwendung des Freien-Tarifvertrags ergeben. Die IG Medien forderte den BDZV auf, klarzustellen,

daß Abschläge bei Fotos, die digitalisiert angeliefert werden, nicht zulässig sind. Ebenso soll sichergestellt werden, daß die im Bundesurlaubsgesetz verankerten Urlaubsansprüche von arbeitnehmerähnlichen Freien realisiert werden können. Zu diesen Komplexen will der BDZV nach Rücksprache mit den betroffenen Verlagen Stellung nehmen.“

IG Medien München-Homepage



Verteilung und Umverteilung von Einkommen und Vermögen – Reform von Steuern und Abgaben



Von Joachim Bischof, Judith Dellheim und Klaus Steinitz

Bei ihren Vorschlägen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben geht die PDS davon aus, daß hierdurch vor allem notwendige Voraussetzungen für die Verwirklichung der sozialen Grundrechte und der öffentlichen Leistungen der Gesellschaft geschaffen werden müssen. Im Vordergrund stehen heute: Massenerwerbslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit gewährleisten und eine soziale Grundsicherung einführen, reale Gleichstellung der Geschlechter unterstützen, eine nachhaltige, zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung befördern, Selbstverwaltung der Kommunen ermöglichen.

Die massive Umverteilung der Einkommen und Vermögen zugunsten der Kapitaleigentümer und der Bezieher hoher Einkommen sowie die Verschärfung der krisenhaften Situation der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme sind charakteristische Merkmale der Entwicklung in der Bundesrepublik während der letzten beiden Jahrzehnte, insbesondere in den 90er Jahren. Die Umverteilung von unten nach oben ist sozial ungerecht, ökologisch und ökonomisch zukunftsgefährlich und hat keine zusätzlichen Arbeitsplätze gebracht. Diese Politik muß gestoppt und umgekehrt werden. Dies gilt in besonderem Maße unter den Bedingungen eines geringen Wachstums des verteilbaren Produkts. Die Bedeutung einer solidarischen Verteilung und Umverteilung für den Zusammenhalt der Gesellschaft nimmt zu.

Die divergierende Verteilung von Arbeitseinkommen sowie Lohnersatz- und Sozialleistungen auf der einen und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf der anderen Seite in der Bundesrepublik vollzieht sich gewissermaßen in drei Stufen.

Erstens durch die Primärverteilung von Arbeitseinkommen und Gewinn. Von 1980 bis 1993 (dem letzten Jahr, für das Angaben getrennt für die alten Bundesländer vorliegen) ging der Anteil der Einkommen der ArbeitnehmerInnen am Volkseinkommen um 6 Prozentpunkte zurück. Die Bruttogewinne der Unternehmen stiegen in dieser Zeitspanne dreimal so schnell wie die Bruttoarbeitseinkommen (um 185% gegenüber 63%). Dieses Auseinanderklaffen setzte sich

1993 bis 1996 verstärkt fort: Die Bruttogewinne wuchsen fast viermal so schnell wie die Bruttoarbeitseinkommen. Dabei handelt es sich hier um Durchschnitte. Die reale Entwicklung vollzog sich bei den Arbeitseinkommen, aber insbesondere bei den Gewinnen äußerst differenziert. Sie konzentrierte sich vor allem auf größere Produktionsunternehmen, auf Banken, Versicherungen, Handelsketten.

Zweitens durch die forcierte Umverteilung der Einkommen mittels Steuern und Abgaben – mehrfache steuerliche Entlastungen der Gewinne und Belastungen der Arbeitseinkommen. Seit 1980 ist die Lohnsteuerquote (Verhältnis der Lohnsteuer zu den Lohn- und Gehaltseinkommen) in Westdeutschland von 16% auf über 20%, wenn die Sozialabgaben einbezogen werden, sogar von 29% auf 36% gestiegen. In derselben Zeit ist die Belastungsquote der Unternehmens- und Vermögenseinkommen durch Steuern von 22% auf 11% gesunken. Dadurch wurde das Auseinanderklaffen der Zuwächse der Nettogewinne und Nettoarbeitseinkommen noch größer. Von 1980 bis 1993 wuchsen die Nettogewinne um 250% und die Nettoarbeitseinkommen um 52%. 1996 zu 1993 vergrößerte sich diese Kluft noch weiter – Zuwachs der Nettogewinne um 33%, der Nettoarbeitseinkommen um 2%. Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung sind seit 1993 die realen Arbeitseinkommen gefallen und haben seit 1980 faktisch stagniert.

Drittens durch die eskalierende öffentliche Verschuldung.

Die öffentlichen Schulden sind seit 1982 (Regierungsantritt Kohl) auf fast das Vierfache gestiegen, von 1982 615 Mrd. DM auf rund 2200 Mrd. 1996 DM. Daraus erwachsen jährliche Zinszahlungen von rund 130 Mrd. DM. Die entscheidenden Ursachen für die hohen öffentlichen Schulden und Haushaltsdefizite liegen in der auf einem Rekordniveau anhaltenden Massenarbeitslosigkeit (die direkten und indirekten öffentlichen finanziellen Belastungen betrugen 1996 etwa 160 Mrd. DM und werden 1997 trotz Leistungskürzungen noch höher sein), in der geringen wirtschaftlichen Dynamik der letzten Jahre und den mehrfachen Steuergeschenken an Unternehmer und die Bezieher hoher Einkommen (die auf ein Jahr bezogenen Einnahmeverluste durch die Senkung dieser Steuersätze liegen bei rund 100 Mrd. DM) und in der vor allem durch die herrschende Wirt-

schaftspolitik verursachten Zerstörung großer Teile der ostdeutschen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potentiale sowie Vernichtung von mehr als einem Drittel der Arbeitsplätze der neuen Bundesländer. Die hohe öffentliche Verschuldung bildet im Zusammenhang mit dem Zinsmechanismus eine weitere Quelle der Umverteilung zugunsten der Kapitaleigentümer und Bezieher hoher Einkommen. Die Zinsen, die von den öffentlichen Haushalten gezahlt werden, wandern vor allem auf ihre Konten und müssen letzten Endes durch höhere Massensteuern finanziert werden. Im Ergebnis dieser Prozesse haben sich innerhalb der „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ die leistungslosen Vermögenseinkommen besonders rasch erhöht. Ihr Anteil an den Gesamteinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stieg von 20% 1978 auf 36% 1993.

Die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung wird noch durch die Ungleichheit der Vermögensverteilung übertroffen. Das Geldvermögen der privaten Haushalte hat sich im Ergebnis der Bonner Wirtschafts- und Finanzpolitik seit 1980 verdreifacht und beträgt 1997 rund 5 Billionen DM, wovon über 50% auf nur 10% der privaten Haushalte konzentriert sind. 50% der Haushalte haben nur einen Anteil von weniger als 10%. Vom Grundvermögen sind 50% der westdeutschen und mehr als 70% der ostdeutschen Haushalte überhaupt ausgeschlossen.

Die großzügige Behandlung von Unternehmensgewinnen und Vermögenseinkommen erweist sich zunehmend als sozial ungerecht und auch als wirtschaftspolitisch kontraproduktiv. Steuerentlastungen von Unternehmenseinkommen und Vermögen haben keine nachweisbaren positiven Wirkungen auf erhöhte Investitionen im produzierenden Gewerbe und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen bewirkt. Sie haben vielmehr den Einsatz von Unternehmensgewinnen für Finanzanlagen begünstigt. Der ökologische Umbau wurde vereitelt, eine wirkliche kommunale Selbstverwaltung verhindert und eine zukunftsorientierte Bildungs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik untergraben.

Das Konzept der Regierungskoalition für eine große Steuerreform bedeutet im Kern, daß diese unsoziale und zukunftsfeindliche Steuerpolitik fortgeführt wird. Die verkündete Steuervereinfach-

chung ist nur marginal. Mit der vorgesehenen drastischen Senkung des Spitzensteuersatzes von 53% auf 39%, bei Gewerbeeinkünften auf 35% und der Streichung der Vermögenssteuer wird die Umverteilung zugunsten hoher Vermögen, Gewinne und Spitzeneinkommen fortgesetzt. Steuerliche Vergünstigungen, die faktisch nur von Beziehern hoher Einkommen in Anspruch genommen werden, sollen zwar teilweise etwas eingeschränkt, aber keineswegs beseitigt werden. Auf der anderen Seite werden die Vorteile für untere und mittlere Einkommen, die durch die Senkung der Einkommenssteuersätze entstehen, weitgehend durch Wegfall der steuerlichen Freistellung von Zuschlägen für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit und Verschlechterung anderer Bedingungen aufgehoben. Um eine ökologische Steuerreform wird ein großer Bogen gemacht. Die Verringerung der Spitzensteuersätze wird den Druck auf die Sozialleistungen noch mehr verstärken. Die in vielen Fällen desolaten finanzielle Situation der Kommunen wird sich noch mehr zuspitzen. Die Finanzierung wirksamer Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit wird verhindert.

Mit unseren Vorschlägen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben sollen eine Alternative zum sozial und beschäftigungspolitisch verfehlten, zukunftsfeindlichen neokonservativen Konzept für eine Steuerreform gegeben und finanzielle Spielräume für gesellschaftspolitische Reformen eröffnet werden.

Unsere Alternative beruht auf folgenden Grundsätzen und Vorschlägen:

Soziale Steuergerechtigkeit

Der Polarisation von Einkommen und Vermögen muß durch die Steuerpolitik entgegengewirkt, die Umverteilung von unten nach oben gestoppt und umgekehrt werden. Größere Vermögen und höhere Einkommen sollen stärker zur Kompensation der Belastungen aus der Massenarbeitslosigkeit, der Folgen der herrschenden Politik bei und nach dem Anschluß der DDR und der Wirkungen eskalierender öffentlicher Schulden herangezogen werden. Dazu werden folgende Vorschläge unterbreitet, die im Ergebnis öffentlicher Diskussion präzisiert bzw. korrigiert werden:

eine befristete Abgabe auf größere Geld- und Grundvermögen privater Haushalte sowie eine Vermögensabgabe der Versicherungsgesellschaften und Kreditinstitute. Für größere private Geld- (einschließlich Wertpapiere) und Grund/Immobilienvermögen (Verkehrswert) soll eine auf 10 Jahre verteilte Vermögensabgabe erhoben werden. Die Abgabe wird ab einem Nettovermögen von 500 000 DM (Freibetrag) in Höhe von 20% (2% pro Jahr) erhoben. Bei einem Gesamtvermögen privater Haushalte über 2 Mio. DM wird die Vermögensabgabe auf 30% (3% pro Jahr) erhöht. Selbstgenutztes, den Lebensmittelpunkt bildendes Wohneigentum soll von der Vermögens-

abgabe freigestellt werden. (Hierüber gibt es unter dem Aspekt der Gleichbehandlung noch unterschiedliche Auffassungen, die weiter erörtert werden müssen.)

Steuerfreistellung für das Existenzminimum in Höhe von 17.000 DM jährlich und Senkung des Einkommenssteuersatzes von 26% auf unter 20%.

Schrittweise Einführung eines altersabhängigen gestaffelten Kindergeldes in Höhe des Existenzminimums (dieses beträgt gegenwärtig etwa 660 DM/Monat);

Aufhebung patriarchaler Elemente im Steuerrecht, d.h. insbesondere Beseitigung der Frauendiskriminierung und der Ungleichbehandlung von Lebensformen. Die PDS fordert die konsequente Individualisierung des Steuerrechts und die Abschaffung des Ehegattensplittings als einen Beitrag zur ökonomischen Gleichstellung von Frauen und Männern. Obgleich es insbesondere hohe Einkommen begünstigt, werden von seiner Abschaffung auch mittlere und niedrige Haushaltseinkommen betroffen. Für untere und mittlere Einkommensgruppen ist die Abschaffung des Ehegattensplitting an einen entsprechenden Sozialausgleich zu binden.

Die Sozialabgaben der Unternehmen sollen nicht wie bisher allein auf der Grundlage der Lohnsumme erhoben werden, da dieses Prinzip dazu führt, daß arbeitsintensive Unternehmen benachteiligt und solche bevorteilt werden, die Arbeitsplätze wegrationalisieren. Bei der Bemessung ist der gesamte Bruttoertrag (Wertschöpfung) der Unternehmen, d.h.



einschließlich Gewinn, zu berücksichtigen.

Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen für Sozialbeiträge und Einführung der Versicherungspflicht auch für „geringfügig Beschäftigte“, verbunden mit einer schrittweisen Herausnahme versicherungsfremder Leistungen aus den Sozialversicherungssystemen und ihre Finanzierung durch Steuern.

In die allgemeine Versicherungspflicht sind künftig auch Beamte, Selbständige, FreiberuflerInnen, Abgeordnete und Regierungsmitglieder einzubeziehen. Hierin eingeschlossen ist die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für diese Gruppen.

Beibehaltung der Vermögenssteuer, die Steuersätze sind nach der Höhe des Vermögens zu differenzieren, der Berechnung sind grundsätzlich die Verkehrswerte zugrunde zu legen;

Änderung der Erbschaftsteuer, um mit ihrer Hilfe eine Umverteilung von Vermögen durchzusetzen, eine konsequente Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit vorzunehmen (unabhängig von Verwandtschaftsgrad, Lebensform und Vermögensart) und eine Entdiskriminierung, d.h. Gleichbesteuerung aller Lebensformen, zu erreichen.

Korrektur der Mehrwertsteuer: Die PDS ist gegen eine allgemeine Mehrwertsteuererhöhung als Mittel zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. Sie favorisiert ein differenziertes System der Mehrwertsteuer mit Mehrwertsteuerbefreiung für ausgewählte, lebensnotwendige Waren und allgemeine Kulturgüter wie z. B. Bücher, mit durchschnittlichen Sätzen für die meisten Waren und erhöhten Sätzen für Luxusgüter.

Ökosteuern und -abgaben

Eine ökologische Steuerreform soll eine nachhaltige, ressourcenschonende Wirtschafts- und Konsumtionsweise sowie innovative und zukunftsorientierte Verhaltensweisen und Strukturveränderungen stimulieren. Das Gewicht der Besteuerung muß von der Arbeit auf den Verbrauch von natürlichen Ressourcen und auf Belastungen der Natur durch Abfälle verlagert werden.

Eine Steuerreform muß *gleichzeitig den sozialen wie den ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen*. Eine Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme auf der Grundlage des Solidarprinzips sowie unter Berücksichtigung der veränderten Bedingungen und eine ökologische Wende müssen zusammen erreicht werden. Die ökologische Steuerreform – ein Kernstück sozialistischen Profils in der steuerpolitischen Debatte – darf nicht isoliert, sondern muß im Gesamtzusammenhang einer ökologischen Umbaupolitik und einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu Lasten der Vermögenden und Bezieher hoher Einkommen betrachtet werden.

Schwerpunkte einer ökologischen Steuerreform sind:

eine umfassende Primärenergiesteuer,

damit der Energie- und Rohstoffverbrauch sowie Emissionen von CO₂ und anderen Schadstoffen gesenkt und die Energieeffizienz stark erhöht werden;

die Förderung einer Ökonomie des Vermeidens auf allen Stufen des Verbrauchs von Rohstoffen und Energie, in der Produktion, beim Transport und in der Konsumtion ohne Qualitätsverluste sowie damit verbundener integrierter Umwelttechnologien; der Abfall- (besonders bei umweltschädlichen Abfällen) und Transportvermeidung kommt dabei eine entscheidende Rolle zu;

die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und Wasserstraßen soll u.a. durch eine höhere Mineralölsteuer stimuliert werden. Die Einnahmen aus der Erhöhung der Mineralölsteuer bzw. des Benzinpreises sollen vorrangig für eine Verkehrswende, insbesondere zur Erhaltung und Entwicklung attraktiver öffentlicher Verkehrssysteme, eingesetzt werden; zeitgleich mit der Erhöhung der Mineralölsteuer müssen sozial verträgliche Verkehrstarife eingeführt werden;

Die Mehreinnahmen aus Ökosteuern und -abgaben sollen sowohl für einen sozial gerechten Lastenausgleich als auch zur Finanzierung von Programmen des ökologischen Umbaus eingesetzt werden, wobei beschäftigungsfördernden Effekten eine besondere Bedeutung zukommt.

Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Die Erhebung und Verteilung der Steuern und Abgaben muß die kommunale Selbstverwaltung ermöglichen helfen sowie die finanziellen Rahmenbedingungen für aktives ökonomisches, soziales und ökologisches Engagement der Kommunen wesentlich verbessern. Durch eine Reform der Kommunalfinanzen, eine andere Verteilung des Steueraufkommens und den Abbau bürokratischer Hindernisse müssen die Kommunen gestärkt und mittelfristig in die Lage versetzt werden, kommunale Selbstverwaltung finanziell zu realisieren. Die den Ländern auferlegten Tilgungs- und Zinslasten für kommunale „Altschulden“ müssen gestrichen werden.

Vereinfachung und Transparenz des Steuerrechts

Die PDS fordert eine Vereinfachung, eine größere Transparenz und die Entbürokratisierung des Steuerrechts als Bedingungen für mehr Demokratie und höhere Steuergerechtigkeit. Das Steuerrecht darf nicht das Privileg von SteuerberaterInnen und wenigen ExpertInnen bleiben.

Öffentliche Schulden, Steuer- und Staatsquote

Die hohen öffentlichen Schulden schränken insbesondere infolge der hohen und weiter ansteigenden Zinsbelastungen die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen

ein, begünstigen die weitere Bereicherung der Vermögenden, belasten heranwachsende und zukünftige Generationen. Unter den Bedingungen eines nur geringen Zuwachses des Volkseinkommens wird ein mittel- und langfristig notwendiger, schrittweiser Abbau öffentlicher Schulden nur möglich sein bei Eingriffen in die bestehenden Verteilungs- und Vermögensstrukturen. Untersuchungen zu den Bedingungen und Wegen eines solchen langfristigen Abbaus öffentlicher Schulden und eine öffentliche Diskussion hierüber sind wichtig.

Dabei gehen wir davon aus, daß ein Abbau der Neuverschuldung und der Gesamtschulden nicht durch Kürzung der Leistungen für die sozial Schwachen und der Mittel für die Arbeits- und Wirtschaftsförderung erfolgen darf. Eine rigide Sparpolitik führt zur Schwächung der Massenkaufkraft und Zurücknahme von Maßnahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Sie erhöht die Gefahr weiter ansteigender Massenarbeitslosigkeit und einer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Abwärtsspirale mit sinkenden Steuereinnahmen und dadurch wiederum steigendem Druck auf höhere Neuverschuldung und Sozialabbau.

Einer weiteren Neuverschuldung des Bundes, der Länder und Kommunen wird die PDS nur dann zustimmen, wenn die aufgenommenen Kredite wirksam zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, z.B. für den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors und die Förderung arbeitsplatzschaffender, umweltfreundlicher und zukunftsfähiger Investitionen, verwendet werden, die wiederum höhere Steuereinnahmen ermöglichen.

Bei der Bestimmung ihrer Position zur weiteren Entwicklung der Steuer- und Staatsquote (Anteil der Steuern bzw. der Ausgaben des Staates am Bruttoinlandsprodukt) stehen für die PDS die zur Erfüllung der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Aufgaben erforderlichen finanziellen Mittel im Zentrum und nicht hiervon losgelöste Forderungen zur Senkung der Prozentsätze. Für die PDS ist nicht die Höhe der Steuer- und Staatsquote für sich entscheidend, sondern wie und wofür der Staat seine finanziellen Mittel einsetzt. Demzufolge widersetzt sie sich Forderungen der Regierungskoalition, diese Quoten zu Lasten der Sozialleistungen, der Zukunftsaufgaben und der Beiträge zur Lösung globaler Probleme zu reduzieren.

Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht, steuerpolitische Regelungen der EU

Steuerhinterziehung und Steuerflucht müssen wirksam bekämpft werden. Nach Schätzungen des Bundes der Steuerzahler gehen den öffentlichen Haushalten allein durch Steuerhinterziehung jährlich 100-130 Mrd. DM an Steuern verloren. Durch konsequente Steuerprüfung und Kontrollen könnten diese Verluste we-

sentlich eingeschränkt und damit Mehreinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe gesichert werden. Das Bank- und Steuergeheimnis darf kein Hindernis für die Durchsetzung der Bestimmungen des Steuerrechts und die wirksame Verfolgung von Steuerstraftätern sein. Die Voraussetzungen für die Einführung einer Kapitalverkehrssteuer müssen weiter untersucht und diskutiert werden.

Steuerverluste aus legaler Nutzung von „Steueroasen“ müssen durch koordiniertes internationales Vorgehen eingeschränkt werden. Die Annäherung der Steuergesetze in den EU-Staaten muß helfen, Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug zu erschweren. Gewinne von Unternehmen sowie persönliche Einkommen und Honorare müssen dort besteuert werden, wo sie erzielt werden. Die Verwirklichung der europäischen Währungsunion muß mit der Schaffung solcher rechtlichen Rahmenbedingungen für die Steuer- und Abgabensysteme der Mitgliedsländer der EU verbunden werden, die Steuerflucht und Steuerdumping - Versuch, ausländisches Kapital durch günstigere Unternehmens- und Kapitalertragssteuern anzulocken - eindämmen.

Ein Sozial- und Umweltdumping infolge fehlender sozialer und ökologischer Mindeststandards darf nicht durch ein Steuerdumping zugunsten der Kapitaleigentümer noch forciert werden. Die PDS fordert die Bundesregierung auf, entsprechend dieser Prämissen in Verhandlungen zur notwendigen Harmonisierung des Steuer- und Abgabenrechts, dabei insbesondere zur Quellensteuer für Kapitaleinkünfte, Börsenumsatzsteuer, Besteuerung internationaler Währungstransaktionen (Tobinsteuer) und Ökosteuern, zu treten. Die PDS wendet sich gegen einen Vollzug der Währungsunion vor einer verantwortbaren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Annäherung der EU-Staaten.

Finanzielle Auswirkungen der Vorschläge für eine soziale und ökologische Reform der Steuern und Abgaben

Nach dem gegenwärtigen Arbeitsstand ergibt sich aus unseren Vorschlägen, einschließlich der Senkung der Ausgaben für Militär und Geheimdienste, ein jährliches Mehraufkommen von 125-170 Mrd. DM. Hiermit könnte ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung alternativer ökonomischer, sozialer, beschäftigungspolitischer und ökologischer Konzepte, zur Stärkung der finanziellen Grundlagen der Kommunen sowie zum Abbau der öffentlichen Schulden geleistet werden. Diese Summe reicht jedoch nicht aus, um alle Forderungen der PDS auf sozialpolitischem, ökologischem und kommunalem Gebiet zu erfüllen. Weitere Untersuchungen und Diskussionen sind notwendig, um Prioritäten der Mittelverwendung sowie Schritte und Etappen zur Erfüllung der sozialen und ökologischen Zielstellungen zu bestimmen.

Die unendliche Geschichte einer Verordnung

Von der Sozialamtspraxis längst überholt

Im Rahmen des ... „Solidarpaktes“ wurde 1993 auch das Bundessozialhilfegesetz (BSGH) geändert. Dabei verpflichtete sich die Bundesregierung, mit Zustimmung des Bundesrates eine „Rechtsordnung“ zu den „Einmaligen Leistungen“ zu erlassen. Mit ihr sollen Einzelheiten zu „Inhalt, Umfang, Pauschalierung und Gewährung der einmaligen Leistungen“ erstmals bundeseinheitlich festgelegt werden. Laut Gesetzesbegründung soll mit der Verordnung „auch bewirkt werden, daß die bisherige Praxis der Träger der Sozialhilfe bei der Bewilligung einmaliger Leistungen restriktiver gehandhabt wird“. Es war also nichts Gutes für diejenigen zu erwarten, die sich schon bisher mühsam z.B. Bekleidungsbeihilfen, Möbel, Hausrat, Beihilfen bei Kommunion, Konfirmation oder Schulbedarf erkämpfen mußten.

Diese Annahme bestätigte sich, als im Juni 1994 ein erster Diskussionsentwurf des damals noch zuständigen Bundesministeriums für Familien und Senioren vorgelegt wurde. Die BAG der Sozialhilfeinitiativen ... lehnte in ihrer Stellungnahme u.a. Selbstbeteiligungsbeträge bei Anschaffungen und eine Zuschußregelung bei „besonderen Anlässen“ ab. Diese kämen Regelsatzkürzungen gleich. Sie übte außerdem Kritik an dem Verfahren zur Feststellung von Pauschalen, wobei das Ministerium keine Beträge festgelegt und den Sozialhilfeträgern damit eine große Handlungsbreite ermöglicht hatte. Den Stellungnahmen folgte eine Anhörung von Organisationen und Verbänden - und danach war Bundestagswahl!

Nach der Wahl wechselte die Zuständigkeit ins Bundesministerium für Gesundheit ... Jetzt sollten endlich die erhofften Einsparungen u.a. durch Verschärfung des Lohnabstandsgebotes und Regelsatzkürzungen bei Ablehnung sog. zumutbarer, niedrigentlohnter Arbeit Wirklichkeit werden. Das hatten ja schließlich die Unternehmerverbände gefordert. Da war erst mal keine Zeit, sich um die Einzelheiten der „einmaligen Leistungen“ zu kümmern ...

Diese Zeit nutzten die Sozialhilfeinitiativen, um eigene Vorstellungen zu entwickeln ... So entstanden Forderungen, deren Grundlage die alltäglichen Erfahrungen mit den Ämtern waren, nicht die Überlegungen von Ministerialbürokraten: Pauschalen sollen verbindliche Mindeststandards sein, die bei Bedarf erhöht werden müssen. Die Höhe muß sich nach den tatsächlichen Aufwendungen richten. Bislang nicht vorgesehene Bedarfe z.B. für Kinderspielzeug, Fahrräder, Fernsehgerät sind aufzunehmen. So-

zialhilfeträger müssen durchschaubar machen, was in den Pauschalen enthalten ist und was nicht. Die „einmaligen Leistungen“ müssen bar ausgezahlt werden. Diese Forderungen wurden dem Ministerium übermittelt. Eine Stellungnahme dazu steht noch aus.

Im Februar 1997 ... flatterte ein neuer umfangreicher Entwurf ... auf die Tische u.a. von Wohlfahrtsverbänden, Städte- und Landkreistag ... Er enthält neben wenigen Verbesserungen nicht viel Neues gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag von 1994: Die ursprünglichen DM-Sockelbeträge bei Anschaffungen und bei besonderen Anlässen sind jetzt in Prozentanteilen benannt, die Tendenz von Geld- zu Sachleistungen und von Neu- zu Gebrauchtbeschaffung bleibt bestehen. Neu ist eine abenteuerliche Berechnung von Bekleidungs-pauschalen und damit eine DM-Festlegung. Damit geht einher die konkrete Bezifferung des Einsparpotentials: 249,52 Mio. Mark. Konsequenz könnte sein, daß SozialhilfebezieherInnen in Städten und Kommunen, in denen seither eher bedarfs-gerechte Leistungen bewilligt wurden, mit Kürzungen zu rechnen hätten. Und ob das für bisherige „Schlußlichter“ tatsächlich Verbesserungen zur Folge hätte, bleibe abzuwarten. Auch zu diesem Entwurf hat die BAG der Sozialhilfeinitiativen, unterstützt von einem juristisch gestützten Expertenkreis, brav - und im wesentlichen ablehnend - Stellung genommen. Biß hat die Position der BAG der Sozialhilfeinitiativen dann noch bekommen durch die Formulierung von „10 Zumutungen, die wir nicht hinnehmen wollen“, auf dem Kongreß im Juni in Weiskirchen/Saarland (siehe Dokument auf der nächsten Seite).

Zur Zeit sieht das Gesundheitsministerium eifrig die eingegangenen Stellungnahmen. Nach aktuellen Informationen sind diese so kontrovers, daß völlig unklar ist, ob es gelingt, bei so unterschiedlichen Interessen überhaupt in absehbarer Zeit zu einer Rechtsverordnung zu kommen. Vor allem die Sozialhilfeträger signalisieren, daß mit der Verordnung noch zu wenig gespart werde. Ihre Bewilligungspraxis „einmaliger Leistungen“ haben ... viele Sozialämter eh schon auf Restriktion abgestellt - auch ohne Verordnung: Sie kürzen Bekleidungs-pauschalen, erkennen Bedarfe über die Pauschalen hinaus immer weniger an und verweisen verstärkt auf Möbellager und Secondhand-Kaufhäuser. Und überholen damit den Ordnungsgeber rechts! ...

j.m. (gekürzt, aus: quer, August 1997)

➔ 1. Zumutung: Unzureichende Pauschalen

Die Höhe der vorgesehenen Bekleidungs- und Pauschalpauschale hat nichts damit zu tun, was Menschen in dieser Gesellschaft tatsächlich benötigen. Statt dessen wurden abenteuerliche geistige und statistische Verrenkungen gemacht, um die Pauschalen so niedrig wie möglich ansetzen zu können (z.B. die Untersuchung der „Wäschewechselhäufigkeit unterer Einkommensgruppen“ und die magere und unzureichende Erstausrüstung für Säuglinge).

Wir fordern, daß das bezahlt wird, was wir an Bekleidung für uns und unsere Kinder brauchen! Pauschalen dürfen nur Mindestbeträge sein!

2. Zumutung: Unverschämt hohe Eigenanteile

Wir sollen immer mehr Dinge aus den eh schon viel zu niedrigen Regelsätzen bezahlen, ohne daß diese steigen. Vorgesehen sind z.B. Eigenanteile für jede einzelne Anschaffung bzw. Reparatur von Haushaltsgeräten, die - weil kein Höchstbetrag festgelegt ist - bis zu einem Fünftel unseres schon mehr als knappen monatlichen Budgets auffressen können.

Wir fordern eine Erhöhung der laufenden Sozialhilfe mindestens um die Beträge, die uns durch die Verordnung zusätzlich aufgebürdet werden sollen!

3. Zumutung: Selbst- und Nachbarschaftshilfe als Kürzungsargument

Wir mußten uns schon immer selbst helfen und unser privates Umfeld einspannen, wenn wir überhaupt über die Runden kommen wollten. Sozialhilfebezug ist ein ständiger Seiltanz ohne Netz. Die Verordnung dagegen schürt das Vorurteil, wir lägen den ganzen Tag faul in der Hängematte und müßten jetzt endlich - und zwar durch Kürzungen - dazu angehalten werden, auch mal selbst einen Handschlag zu tun. Sie nennen das: uns zur Eigeninitiative anregen.

Wir fordern: kein Ausnutzen des Selbsthilfeprinzips auf unsere Kosten, um staatliche Kassen zu sanieren. Statt Einsparung Förderung (auch finanzielle!) von Nachbarschaftshilfe!

4. Zumutung: Sachleistung statt Bargeld

Die Verfasser der Verordnung befinden sich augenscheinlich wieder in der Nachkriegszeit. Bezugsscheine für Gebrauchsgüter aus Möbellagern und Kleiderkammern werden wieder aktuell.

Wir fordern: Bargeld statt Warengutscheine, da wir als vernünftige Menschen ganz gut mit Geld umgehen können - im Gegensatz zu Finanzminister Waigel fallen uns unsere Haushaltslöcher nämlich sofort auf!

5. Zumutung: Gebrauchtbeschaffung

Wir lehnen es ab, aus zweiter Hand leben

zu müssen. Wir sind nämlich durchaus in der Lage, günstige Einkaufsquellen für Möbel und Bekleidung ausfindig zu machen. Und wir legen Wert darauf, daß wir nicht den letzten funktionsunfähigen, reparaturanfälligen und umweltschädlichen Schrott in der Wohnung stehen haben wollen. Zumal wir gar nicht wüßten, wovon wir die Reparaturen - siehe 2. Zumutung - bezahlen sollten.

Wir fordern freie Wahlmöglichkeit für

Zehn Zumutungen, die wir nicht hinnehmen wollen

die Anschaffung von vernünftigen und dauerhaften Gebrauchsgegenständen!

6. Zumutung: unvollständiger Leistungskatalog

Viele Gegenstände, die in dieser Gesellschaft zum alltäglichen Leben gehören und um deren Bewilligung Sozialhilfeberechtigte seit Jahren kämpfen, kommen in der geplanten Verordnung wieder nicht vor (Fahrräder, Fernseher, Vereinsbeiträge etc.). Aber zu „Freizeitbeschäftigung“ kommen wir ja sowieso nicht: Schließlich haben wir genug damit zu tun, die Windeln unserer Kinder zu waschen und die Kleinen nebenbei noch zu beschäftigen - denn auch Einmalwindeln und altersgerechtes Spielzeug sind nicht vorgesehen.

Wir fordern: Sollte es eine Liste der von Sozialhilfeberechtigten beanspruchbaren Gegenstände geben, muß sie - siehe oben - drastisch ergänzt werden. Und sie darf nicht abschließend sein!

7. Zumutung: Zuschüsse contra Bedarfsdeckung

Während der ganze Entwurf von angeblich wissenschaftlichen Ableitungen strotzt, halten sich die Verfasser der VO nicht einmal an die „Spielregeln“, was die Grundsätze des BSHG (Bundessozialhilfegesetz) betrifft. Sie führen z.B. ein „Zuschußprinzip“ ein - was wohl bedeuten soll, daß das Sozialamt nur noch einen Teil einer beantragten Leistung bewilligt (sozusagen den rechten Ärmel eines Mantels) und wir selbst sehen sollen, wo wir den Rest herbekommen. Da Sozialhilfe nicht mehr als das Existenzminimum abdeckt, fragen wir uns, ob damit für uns endgültig die Bettelpflicht eingeführt werden soll.

Wir fordern bedarfsdeckende Leistungen der Sozialämter!

8. Zumutung: Mehrfachbestrafung vorgesehen

Verhängt z.B. das Arbeitsamt eine Sperrzeit, soll auch die Sozialhilfe gekürzt werden. Aber zweimal gestraft reicht den Verfassern der Verordnung nicht: wer gekürzte Leistungen künftig nur noch als Sachleistung erhalten.

Wir fordern: Weg mit den Strafen für Arbeitslose und Sozialhilfeberechtigte! Her mit der Fortbildung für die Verfasser der Verordnung, denn Mehrfachbestrafung ist hierzulande sogar im Strafrecht tabu!

9. Zumutung: Einzelfallprüfung als Willkürakt?

An höchst merkwürdigen Stellen sollen laut VO „Einzelfallabweichungen“ möglich sein, so z.B. bei der - pauschalierten - Weihnachtsbeihilfe. Es steht zu befürchten, daß der Willkür Tür und Tor geöffnet wird.

Wir fordern die Benennung von Regelbeispielen, in welchen Fällen von den Pauschalen abgewichen werden kann.

10. Zumutung: Leistungsabbau

Durch die VO können die von uns in vielen Städten mühsam erkämpften Leistungsstandards beschnitten werden, weil z.B. die geplanten Pauschalbeträge niedriger sind als die dort derzeit gezahlten. Dies wäre für die Betroffenen eine direkte Leistungskürzung.

Wir fordern Bestandsschutz - zumindest muß da, was wir bisher erreicht haben, erhalten bleiben!

Wir haben es satt, daß auf Kosten derer, die sowieso nichts haben, schäbige Kürzungspolitik betrieben wird.

Und wir wollen auch nicht, daß durch diese Verordnung das allgemeine Sozialhilfeniveau quasi „durch die Hintertür“ gesenkt wird. Denn wer die durchschnittliche Sozialhilfe - und damit das steuerfreie Existenzminimum - vermindert, hat nichts anderes als den Angriff auf die Höhe der Renten und Löhne im Sinn!

Diese geplante Verordnung ist in großen Teilen nichts weiter als der plumpe Versuch, unter dem Deckmäntelchen von Verwaltungsvereinfachung nicht nur Geldleistungen zu beschneiden, sondern auch Vorurteile gegen Sozialhilfeberechtigte zu schüren. Der dem Bundessozialhilfegesetz vorangestellte Grundsatz, Aufgabe sei es, ein Leben zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht, wird somit ad absurdum geführt. Wir lehnen die geplante Verordnung in dieser Form ab.

Jahreskonferenz Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, 19.6.97
Aus: quer, überregionale u. unabhängige Monatszeitung für Arbeitslose, August 1997

Schon die erste Veröffentlichung von Mumia Abu-Jamal, sein 1995 in deutscher Sprache erschienenes Buch „...aus der Todeszelle“, war eine kleine Sensation auf dem Buchmarkt.

Seit 1991 in Haft, 1982 nach kurzem manipulierten Schnellverfahren ohne wirkliche Beweise zum Tod verurteilt, strebt Mumia seitdem mit seinem VerteidigerInnenteam die Wiederaufnahme seines Verfahrens an. Im Laufe der nächsten Monate ist im Wiederaufnahmeverfahren eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Pennsylvania zu erwarten. Im negativen Fall führt das sofort zu einem neuen Hinrichtungsbefehl. Die Hoffnung jedoch, mit dem Todesurteil auch einen ehemaligen Black Panther, unbequemen Journalisten und Kritiker des US-amerikanischen Apartheid-Systems zum Schweigen bringen zu können, ist jedoch bis heute nicht aufgegangen. Bis heute schreibt er über die Situation in der Todeszelle, die auch heute noch für mehr als dreitausend Gefangene in den USA aktuell ist. Auch das Disziplinarverfahren im Jahr 1995 mit dem Ergebnis von 90 Tagen im „Loch“ für „unerblaubte schriftstellerische Betätigung“ hinter Gittern, die Androhung der Postüberwachung sowie Beschränkung der Besuchsmöglichkeiten für alle BesucherInnen haben als Repressionsinstrumentarium nichts genützt. Wie Mumia in einer Gerichtsverhandlung sagte: „Weil ich wußte, egal was es mich kosten würde, daß ich der Welt ein Fenster in die Seelen derer öffnen mußte, die wie ich unter den barbarischen Zuständen in Amerikas To-destrakten leiden.“

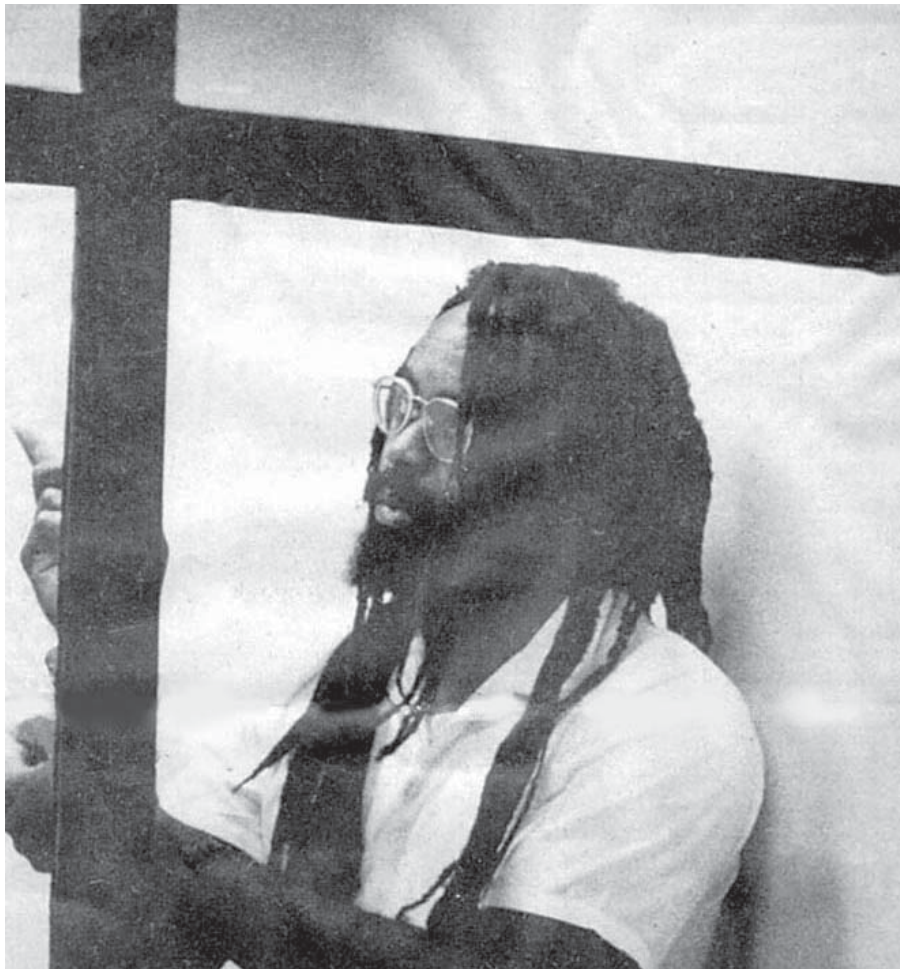
Und so stellt die Textesammlung in Mumias zweitem Buch „Ich schreibe, um zu leben“, das gerade in deutscher Sprache erschienen ist, einen guten Einblick in die Gedankenwelt eines Menschen dar, der die unbändige Lust zu leben nicht verloren hat, obwohl er seit fünf Jahren in der Todeszelle sitzt. Die Texte kreisen

„Viele meinen, es sei verrückt, Widerstand gegen das System zu leisten, aber tatsächlich ist es verrückt, es nicht zu tun.“

um verschiedene Themen wie Religion, staatlicher Zensur und Kriminalitätsbekämpfung, jugendliche Suche nach Lebenssinn und Orientierung und vieles mehr. Doch gerade die verschiedenen Bereiche, über die er schreibt, spiegeln den Versuch wider, Unterdrückte und Ausgebeutete nicht auf ein metaphysisches „morgen“ zu vertrösten, sondern ein freies und gerechtes Leben für alle Menschen hier und jetzt zu fordern.

Zweites Buch von Mumia Abu-Jamal erschienen

„Ich schreibe, um zu leben“ Texte aus der Todeszelle



Dabei bedient sich Mumia einer teilweise sehr poetischen Sprache, die sich mit seinem sehr nüchternen, beschreibend parteiisch journalistischen Stil abwechselt.

Doch nicht nur, um die Situation von Mumia im Knest zu verstehen, sollte dieses Buch gelesen werden, es bietet einen sehr guten Einblick in die Geschichte des schwarzen Widerstandes und dessen Geistesleben, das Mumia in verschiedenen Aufsätzen immer wieder anschneidet und erklärt. Die 42 Beiträge werden flankiert von drei Einleitungen, in denen der „Fall“ Mumia Abu-Jamal aus verschiedenen, teils sehr persönlichen Perspektiven reflektiert wird, und einem Interview mit Mumia, in dem er Stellung zu den angeschnittenen Themen bezieht und noch einmal auf seinen Prozeß zu sprechen kommt.

Auch wenn beim ersten Lesen der Eindruck entsteht, die Auswahl der Texte sei sehr willkürlich und etwas wahllos vor sich gegangen, wird der/die LeserIn schon von der Poetik der Sprache Mu-

mias in dessen Bann gezogen und sich diesem nur noch schwerlich entziehen können. Die Texte fügen sich schlüssig zusammen zu einem Aufruf für Menschlichkeit und Gleichheit, so daß der letzte Satz seines Essays über Politik als Credo des Buches gelesen werden könnte: „Viele meinen, es sei verrückt, Widerstand gegen das System zu leisten, aber tatsächlich ist es verrückt, es nicht zu tun.“

„Ich schreibe um zu leben. Zeugnisse eines zum Tode Verurteilten“ ist eines der eindrucksvollsten Bücher der letzten Zeit. Es bleibt zu hoffen, daß die öffentliche Wirkung, die es erzeugen könnte, sich positiv auf das Wiederaufnahmeverfahren auswirkt. *Stop the Executions - free Mumia!*

Mumia Abu-Jamal: „Ich schreibe, um zu leben. Zeugnisse eines zum Tode Verurteilten“, Atlantik-Verlag, 210 Seiten, gebunden, 36 DM.

Aus: göttinger Drucksache Nr. 276
vom 1.8.1997

Karawane für Mumia Abu-Jamal

Sehr geehrte Damen und Herren

der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal sitzt seit 1981 in der Todeszelle des US-Bundesstaates Pennsylvania. 1995 konnte seine unmittelbar bevorstehende Hinrichtung durch eine internationale Protestbewegung verhindert werden. Abu-Jamal wurde 1981 in einem umstrittenen Indizienprozeß von einer weißen Jury zum Tode verurteilt. Ihm wurde Polizistenmorde unterstellt. Vor seiner Verurteilung setzte er sich aktiv gegen die diskriminierung der Schwarzen in den USA ein. Menschenrechtsorganisationen fordern eine Wiederaufnahme des Verfahrens.

Vom 16. August bis 20. September werden sechs Organisationen in der Region Saarland / Rheinland-Pfalz / Luxemburg einer Karawane für Mumia Abu-Jamal durchführen. Die Karawane zieht jeden Samstag an einen anderen Ort:

Trier, Merzig, Saarbrücken, Homburg, Kaiserslautern, Luxemburg. Die Karawane beginnt am Bahnhof, anschließend finden Aktionen in der Fußgängerzone statt.

Zur Vorstellung der Karawane für Mumia Abu-Jamal und des aktuellen Widerspruchsverfahrens laden wir Sie ein zu einer

Pressekonferenz

Freitag, 8. August 1997, 16 Uhr
Filmhaus (Schauplatz), Mainzerstr. 8
Saarbrücken

Weitere Informationen erhalten sie bei: Aktion 3.
Welt Saar, Weiskirchner Str. 24, 66674 Losheim, Tel.
06872/9930-56, Fax: 06872/9930-57

mit freundlichen Grüßen
Tobias Rockstroh

28.7.1997

INFOLADEN
Eberhardstraße 28
54290 Trier
Tel/Fax: 0651/75257

AKTION 3. WELT Saar
Weiskirchner Str. 24
66679 Losheim
Tel: 06872/9930-56
Fax: 06872/9930-57

Solidaritätskomitee
MUMIA ABU-JAMAL
Alte Feuerwache
Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken

Komitee für internationale
Solidarität / Antifa Jugend
c/o Kantstraße 71 (807)
67663 Kaiserslautern
Fax: 0631/45722

Autonomes
Jugendzentrum AJZ
Am Güterbahnhof
66424 Homburg
Tel: 06841/170456

de schwarzen Drot
a.s.b.1
B.P. 121
L-4002 Esch / Alzette
Luxemburg

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

26.August-1. Sept.: *Europäischer Friedenszug von Brüssel nach Diyarbakir.* **Infos bei:** Appell von Hannover, Postfach 35, 61445 Oberursel, Tel. 06171/981348

29.-31.August: *UZ-Pressfest, Dortmund.*

1. September: *Antikriegstag*

6./7. September: *Parteilrat der PDS tagt in Düsseldorf.* Schwerpunktthema: Wie weiter mit dem Linken Reformprojekt - Positionen und Aktivitäten der PDS, Situation der westdeutschen Landesverbände.

21. September: *Bürgerschaftswahlen in Hamburg*

20./21. September: *Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.*

26.-28. September: *Internationale Che-Guevara-Konferenz* in der Humboldt-Universität in **Berlin.** Infos über *Cuba Si*, Reinhard Thiele, 030/24009455, Fax 030/24009409.

27./28. September: *Grüner Länderrat in Magdeburg*

2. bis 5.Oktob: *Bundeskongreß der Verkehrs-Bürgerinitiativen* in Freiburg / Breisgau - Arbeits- und Aktionstreffen mit über 20 Arbeitsgruppen. **Veranstalter:** UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin,

lin, Tel. 030/4927473, Fax. 4927972

Vom 5. bis 11. Oktober ist bundesweit „Aktionswoche“ der Kampagne gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse, für Versicherungsschutz für „610-DM-Jobs“

11./12. Oktober: *Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus.*

14. Oktober: „Mindestlohn - wie und für wen?“ „Öffentliches ExpertInnengespräch“ der PDS-Bundestagsgruppe mit Vertretern von NGG, IG BAU und IG Medien in Bonn. **Infos bei** Anne Alex, 0228/1681918.

14./16. November: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel.

22.-23.11.97: *Tagung und Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V. in München* (Hotel Sol Inn, Nähe Hbf). **Infos bei:** BAG Kritische PolizistInnen, c/o Reinhard Borchers, Bachstr. 96d, 22083 Hamburg

Anfang Dezember tagt der **SPD-Bundesparteitag** in **Hannover**

1. März 1998: *Landtagswahlen in Niedersachsen*

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart